

# FRIEDENS JOURNAL



## Nach der Bundestagswahl: Gegenläufige Entwicklungen



- Blackrock als Koordinator für den „Wiederaufbau der Ukraine“
- Francesca Albanese: Staatsfeindin und Staatsräson
- „Grünbuch“: Zivilisten im Krieg
- Rechtsentwicklung und Faschismusgefahr in Deutschland
- Deutschlands Wende zum migrationsfeindlichen EU-Staat
- Was bedeuten die Bundestagswahlen für „Frieden“?



Herausgeber:  
Bundesausschuss  
Friedensratschlag

März - April 2025/Nr. 2

# Editorial

Inhalt	
Blackrock als Koordinator für den „Wiederaufbau“ der Ukraine	3
Trumps „America First“ – ein Strategiewandel der USA?	5
Kriegsvorbereitung: „Grünbuch“ für zivil-militärische Zusammenarbeit	6
„Koalition der Willigen“ für die Ukraine	8
Faschismusgefahren in Deutschland	9
Francesca Albanes: Staatsfeindin und Staatsräsön	10
Buchbesprechung	12
Deutschlands Wende zum migrationsfeindlichen EU-Staat	14
Was bedeuten die Bundestagswahlen für „Frieden“?	16
Soziale Forderungen gegen Hochrüstung	18
Demo in Wiesbaden   Vernetzung	20

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter <https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/>

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7.3.2025

## Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

### Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag  
Germaniastraße 14, 34119 Kassel  
[www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

### Redaktion:

Annette Groth, Joachim Guilliard, Lühr Henken,  
Werner Ruf, Ewald Ziegler, Karl-Heinz Peil  
(V.i.S.d.P.).

### Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,  
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,  
60329 Frankfurt am Main  
e-Mail: [info@frieden-und-zukunft.de](mailto:info@frieden-und-zukunft.de)

### Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822  
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

### Internetausgabe:

auf [www.frieden-und-zukunft.de](http://www.frieden-und-zukunft.de)  
mit digitalem Archiv ab 2010.  
ISSN 2193-9233d

Fußnoten zu einzelnen Beiträgen finden sich in der Online-Fassung dieser Ausgabe.  
Karikaturen: Felix Winter

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Karikaturist Felix Winter hat die extrem widersprüchliche politische Situation, in der wir uns aktuell befinden, für unsere Titelseite dargestellt. Am 24.2.2025 – dem dritten Jahrestag der militärischen Intervention Russlands in der Ukraine und am Tag nach der Bundestagswahl wurde von der CDU der X-Tweet „Die Ukraine muss den Krieg gewinnen“ eingestellt. Wie tief muss man fallen, wenn man an völlig illusionären Zielen festhält?

Nur wenige Tage später, am 28.2. musste jedenfalls Selenskij in Washington erfahren, wie eine solche Fallhöhe aussieht. Von Trump und Vance wurde er im Weißen Haus wie ein dummer Schuljunge abgewatscht – vor laufenden Kameras. „Sie riskieren einen Dritten Weltkrieg“ bekam er zu hören – und noch einiges mehr. Sicherlich ist die Politik von US-Präsident Trump außenpolitisch sehr ambivalent – dass er innenpolitisch eine Katastrophe ist, dürfte auch hierzulande unstrittig sein.

Allerdings kann man ihm einen wesentlich stärkeren Realitätssinn als seinem Vorgänger im Weißen Haus nicht in Abrede stellen.

Doch zurück zu Deutschland nach der Wahl. Fest steht, dass friedensbewegte Abgeordnete mit Realitätssinn bezüglich des Ukrainekrieges deutlich weniger im neuen Bundestag vertreten sein werden. Eine fundierte und glaubwürdige Kritik des Ukrainekrieges kam im zurück liegenden Wahlkampf nur von dem BSW, leider auch nicht mit der notwendigen Fokussierung auf seinem Alleinstellungsmerkmal, das sicherlich mehr Wählerstimmen mobilisiert hätte.

So bleibt nach der Bundestagswahl die alte und neue Einsicht, dass friedenspolitische Veränderungen in der deutschen Politik nur außerparlamentarisch erzwungen werden können. Die Herausforderungen für die Friedensbewegung sind einerseits größer denn je zuvor mit eskalierender Kriegstreiberei, innerer Militarisierung, Repression und Sozialabbau zugunsten der Rüstungsausgaben.

Andererseits: Die Trump'sche Politik hat eine Wende eingeleitet für einen sich abzeichnenden Friedensschluss in der Ukraine. Erstes konkretes Resultat: die Kriegstreiber in Deutschland und der EU sind im Panik-Modus. Da in den Verhandlungen zwischen den USA und Russland vertrauensbildende Maßnahmen offenbar einen hohen Stellenwert haben, dürfte unser Kampf gegen die geplante Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen gute Erfolgsaussichten haben.

Mit einer extrem widersprüchlichen US-Außenpolitik werden wir dabei leben müssen. Diejenigen, die auch in der Kuba- und Palästina-Solidarität aktiv sind, haben mit Sicherheit keinen Grund zur Freude über diese Politik.

Zentral wird zunehmend auch die Verbindung von der aktuell geplanten, schwindelerregenden Hochrüstung mit einem neuen „Sondervermögen“ und den sozialen Verwerfungen. Dieser Zusammenhang kann leider nur außerparlamentarisch hergestellt werden.

Zunehmend relevant im außerparlamentarischen Kampf wird der Widerstand gegen staatliche Repression, wie sie aktuell bereits extrem gesteigert bei Veranstaltungen zur völkermörderischen Kriegspolitik Israels in Erscheinung tritt. Exemplarisch dafür stehen die jüngsten Raumverbote für Veranstaltungen mit der UN-Sonderbevollmächtigten Francesca Albanese.

Wir haben es deshalb sowohl national wie international mit gegenläufigen Entwicklungen zu tun, die sich auch mit dem Ergebnis der Bundestagswahl noch verschärft haben.

Übergreifend ergibt sich aber für uns die Chance, im friedenspolitischen Diskurs weg zu kommen von moralisierenden Bewertungen mit Freund-/Feind- und Gut-/Böse-Schemata hin zu fundierten Analysen von geopolitischen Interessen, d.h. Realitätsbezug statt ideologisch eingefärbte Wunschvorstellungen. Auch mit dieser Ausgabe des Friedensjournals wollen wir dazu wieder einen wichtigen Beitrag leisten.

Karl-Heinz Peil

# BlackRock als Koordinator für den „Wiederaufbau“ der Ukraine

*Zusammenfassung des Workshop-Referates von Werner Rügemer beim 31. Bundesweiten Friedensratschlag in Kassel am 30.11.24. Die redaktionelle Bearbeitung erfolgte von Anne Rieger und Karl-Heinz Peil. Vorliegende Fassung wurde von Werner Rügemer durchgesehen und leicht ergänzt.*

Rügemer referierte über den Einfluss von BlackRock auf Politik und Wirtschaft, die Rolle darin von Friedrich Merz in Deutschland, über die Koordination beim Wiederaufbau der Ukraine, und die Aufgaben der Friedensbewegung in unserer kapitalistischen Welt.

Die treibenden Kräfte für die großen Kriege seien, insbesondere bei der Kriegspartei USA, die Kapitalisten und nicht die Regierung. Die Koordination für den Wiederaufbau der Ukraine liege bei dem größten Kapitalorganisator der westlichen Welt „BlackRock“ (verwalte nach eigenen Angaben 10 Billionen US-Dollar) und nicht bei der Regierung der USA.

Der Vertrag zwischen BlackRock und der „nach wiederholter Feststellung der Europäischen Kommission korruptesten Regierung in Europa, nämlich unter dem Marionetten Stellvertreterkrieger Selenskyj“ sei nach einem dreiviertel Jahr Krieg, Ende 2022, auf Initiative von BlackRock, in Absprache mit der US-Regierung abgeschlossen worden.

## Der Aufstieg von BlackRock & Co.

Das sei naheliegend, weil seit Präsident Obama BlackRock mit eigenen Managern in der US-Regierung vertreten sei, als die wichtigen Deregulierungen der Finanz- und Wirtschaftsszene durchgezogen worden seien. Seitdem sei eine ganze Generation neuer Kapitalakteuren zur Macht gekommen, zu den bestimmenden Aktionären bzw. Eigentümern der wichtigsten Unternehmen und Banken geworden.

Blackrock sei der größte von etwa 100 vergleichbaren Akteuren, zweitgrößter ist Vanguard, dann folgen State Street, Capital Group, Fidelity, Wellington: Mit Blackrock und Co. seien sie die erste Kapitalisten - Liga.

Die zweite Liga seien die Private

Equity-Investoren, sogenannte Heuschrecken, die große Teile des deutschen Mittelstands aufgekauft und „restrukturiert“, verwertet hätten. Die dritte Reihe seien die Hedgefonds und an vierter Stelle die herabgestuften Banken, wie z.B. Deutsche Bank und andere europäische Banken, die jetzt Blackrock und Co gehören.

Blackrock sei der größte dieser neuen Kapitalakteure. Er sei Aktionär in 18000 Unternehmen, in allen 500 wichtigsten US Unternehmen, die im Standard-&-Poor's Index zusammengefasst seien, auch in allen 40 DAX Konzernen in Deutschland, so gehöre BlackRock in über 100 der wichtigsten Unternehmen in Deutschland zu den führenden Aktionären, in jeweils wechselnder Gemeinschaft mit den anderen derartigen Investoren.

Friedrich Merz, mehrjähriger deutsche Blackrock Lobbyist, habe das „gar nicht so schlimm“ gefunden, denn BlackRock habe ja immer nur drei, fünf, oder sieben Prozent, damit könne man keine Entscheidungen beeinflussen. Rügemer argumentiert dagegen, dass Blackrock nie alleine, sondern immer mit anderen US-Großinvestoren gleichzeitig führender Aktionär sei, z.B. mit Vanguard u.a., und sie damit die führende Aktionärsgruppe seien und sich untereinander absprechen. Als Beispiel nennt er den Rüstungskonzern Rheinmetall.

In den 150 wichtigsten deutschen Unternehmen säßen sie an den strategischen Stellen. Darüber hinaus hätten sie eine „zivile Privatarmee“ mit sich. Das bedeute, wenn Blackrock und Co. beispielsweise in einem deutschen Unternehmen ein Aktienpaket kaufe, werden sie beraten von McKinsey in Deutschland, ebenso von Anwaltskanzleien wie Freshfields, von PR-Agenturen, von Ratingagenturen usw..

Beim Kauf von Monsanto durch Bayer sei BlackRock in beiden Konzernen führender Aktionär und für die Fusion gewesen und habe gesagt „da können wir 20.000 Arbeitsplätze auf beiden Seiten wegmachen“, so Rügemer. Begleitet worden sei die Fusion von einer PR-Agentur, die die damalige

deutsche Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) bearbeitet habe. So würden Skandale öffentlich und parlamentarisch kein Thema sein, sogar wenn es einen Untersuchungsausschuss gebe.

Rügemer verwies auf das Beispiel Wirecard, wo Blackrock kein öffentliches Thema gewesen sei. Dabei war BlackRock zweitgrößter Aktionär nach Goldman Sachs und führender Aktionär in den vier Banken, die die zwei Milliarden an Krediten an Wirecard vergeben haben, die dann verschwunden sind. Das zeige die Einflussmöglichkeiten von BlackRock, um sich öffentlich unsichtbar zu machen.

BlackRock sei auch Hauptberater der US-Zentralbank Federal Reserve, der EZB und berate die EU-Kommission beim „nachhaltigen“ Investieren. In jedem wichtigen Staat habe BlackRock ein, zwei oder drei hochbezahlte Lobbyisten, so in Frankreich, England, der Schweiz, Belgien usw., in den USA sowieso. In Deutschland sei das ein paar Jahre Friedrich Merz gewesen.

Um im Jahre 2016 der oberste Lobbyist für Blackrock in Deutschland zu werden, habe er zwei wichtige Voraussetzungen erbracht:

1. Er sei führender CDU Politiker gewesen, und auch nach seinem Austritt aus dem Bundestag sei er Vorsitzender des CDU- Wirtschaftsrates geblieben.

2. Zudem wurde er Miteigentümer der deutschen Filiale der amerikanischen Wirtschaftskanzlei Mayer Brown. Für die Kanzlei habe Merz Gewinne erwirtschaftet, indem er US-Investoren („Heuschrecken“) beraten habe, wie sie am günstigsten den deutschen Mittelstand aufkaufen könnten.

Damit sei Merz dann Vorsitzender des Aufsichtsrates der Black Rock Deutschland AG geworden. Dafür habe er jährlich etwa 350.000 € und einen Beratervertrag erhalten. Als er 2020 CDU-Vorsitzender wurde, sei er aber wegen seiner BlackRock-Aktivitäten zum Rücktritt gedrängt worden: Das war besser für das Image bei öffentlichen Auftritten und im Kampf um Wählerstimmen.



## Zur Ukraine

Schon vor dem Krieg habe der US-Kongress unter Mitwirkung von Blackrock auf Vorlage der Demokratischen Partei den Lend-Lease-Act for Ukraine beschlossen. Schon vor dem Krieg sei die Ukraine der am höchsten verschuldete Staat der Welt gewesen. Unter anderem habe sie mehr Soldaten als die größeren Staaten in der EU wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien usw. gehabt. Das habe Geld gekostet und die Weltbank habe Kredite an die Ukraine vergeben, die unter diesen Bedingungen kein anderer Staat bekommen hätte.

Zusätzlich habe BlackRock Staatsanleihen der Ukraine übernommen und an seine Kunden weiterverkauft. Im Krieg sei bereits klar absehbar, dass sie sich noch weiter verschulden würde und niemals mehr, selbst wenn sie den Krieg gewönne, zur Rückzahlung dieser ganzen Kredite in der Lage sein würde.

Nach US-Recht bedeute das Lend-Lease-Gesetz, dass ein Schuldner wie die Ukraine die Schulden zurückzahlen muss. Wenn aber wie absehbar sei, dieser Staat das gar nicht tun könne,

„... dann kann er für die finanziell, monetär nicht mögliche Rückzahlung Kompensationsleistungen erbringen, beispielsweise den günstigen Verkauf von privaten Unternehmen, die Ukraine hat ja zum Beispiel noch staatliche Energieunternehmen. Oder man kann die Kompensation da-

durch leisten, dass ausländische Investitionen erleichtert werden. Friedrich Merz würde sagen: ‚Weniger Bürokratie‘“.

In der Ukraine lägen viele Seltene Erden und Lithium. Es gehe jetzt um Lizenzen für die Eröffnung und den Betrieb von Bergwerken, für die Förderung Seltener Erden inklusive Uran und Lithium. Auch dem diene der vor dem Krieg vom US Kongress beschlossene Lend Lease Act. Und das bedeute nach dem schon lange absehbaren Abnutzungskrieg:

„Nachdem das Versuchskaninchen Ukraine auch zum Test gegenüber Russland verheizt wurde, ist natürlich diese Überschuldung mithilfe des Zugriffs des Leih- und Pachtgesetzes ein Erpressungsinstrument für solche Kompensationsleistungen“.

Deswegen betreibe BlackRock nach der Vertragsschließung Ende 2022 ein umfangreiches Team von ungefähr 20 Leuten in Kiew, in Nebenzimmern von Selenskyj, und prüften für die bereits eingereichten Angebote vor allem US-amerikanischer Investoren die günstigsten Investitionsmöglichkeiten. Die verteile dann BlackRock.

Ein Beispiel, um das es bisher schon ging, sei das Agrobusiness, die Landwirtschaft der Region mit der weltweit besonders fruchtbaren Schwarzerde. Bis vor einigen Jahren konnten Investoren die Landflächen nur pachten,

Selenskyj öffnete den Weg zum Kauf.

Der US-Landmaschinen-Konzern John Deere hat die Traktoren, Sämaschinen, Erntemaschinen und den Betrieb der großen Silos, Monsanto-Bayer das Saatgut, die Herbizide und Pestizide, der amerikanische Groß-Nahrungsmittelhandelskonzern Cargill den internationalen Getreide-Handel in der Hand – und überall gehört BlackRock zu den führenden Aktionären. Aber es sei noch nicht alles verpachtet und gekauft, das stehe noch an und da sei Blackrock mit seinem Team vor Ort dabei. Die erfassten jetzt alles und evaluierten es. Wie viel seien die Flächen wert? Wie viel müsse investiert werden? Das gehe von einfachen Millionen bis zu mehrfachen Milliarden.

Bisher waren einheimische, ukrainische Oligarchen die größten Landpächter – sie werden jetzt durch US-Investoren abgelöst. Und da BlackRock & Co. auch die führenden Aktionäre der US-Rüstungs- und Energiekonzerne sind, ist schon der möglichst lang sich hinziehende Krieg der Ukraine ein profitables Geschäft, auch wenn der Krieg militärisch gar nicht gewonnen werden kann.

Zusammengefasst: Der größte Kapitalorganisator des westlichen, US-geführten Kapitalismus habe diese wichtige strategische Aufgabe auf eigene Initiative übernehmen können, mit Zustimmung der wichtigsten Institutionen des kapitalistische Westen, der US-Regierung, der EU-Kommission, der EZB und der Weltbank.

Das mache deutlich, welche Macht heute ein mit anderen eng vernetzter Kapitalorganisator habe und dass wir heute in einer neuen Phase des Kapitalismus seien, der noch weniger reguliert sei als bisher – der aber gleichzeitig, und das mache ihn noch gefährlicher, heute konfrontiert ist mit dem „Rest der Welt“, die sich neu organisiert, um sich von diesem US-geführten Kapitalismus unabhängig zu machen.

## Die Gefährlichkeit des „BlackRock-Kapitalismus“

Das Gefährliche für Blackrock & Co sei, dass mit der Hauptstütze dieser Selbstorganisation des Restes der

Welt, der Volksrepublik China, eine systemlogische Alternative entstanden sei - kein anderer oder besserer Kapitalismus, sondern ein anderes System, das in der kurzen Zeit von wenigen Jahrzehnten zur größten Industrie- und Handelsnation der Welt aufgestiegen sei, weltweit mit etwa 160 Staaten in Wirtschaftsbeziehungen stehe und an einer, nach eigener Darstellung, inklusiven Globalisierung arbeite:

„Mit der Neuen Seidenstraße, die systemlogisch anders sei, weil sie im Unterschied zum amerikanischen Typ der Globalisierung ohne militärische Begleitung stattfindet. Die US-geführte Globalisierung agiert mit etwa 900 Militärbasen in 80 fremden Staaten und damit verbunden mit der je nach Bedarf organisierten Kriegsführung mit ‚Regime changes‘ usw.

*Die inklusive Globalisierung nach dem Muster der Volksrepublik China hingegen ist ohne diese militärische, zerstörerische Begleitung. Und weil dieses andere System aufsteigt, nicht weil es ein kapitalistischer Konkurrent ist, den man wie mal das Deutsche Reich oder so kaputt machen kann. Deswegen schlägt der verwundete Löwe um sich und ist zu jeder Brutalität bereit.*

*Dieses können wir auch an den gegenwärtigen, völkermörderischen Aktionen des extrem auch von Blackrock geförderten Staates Israel ablesen. Dieses gilt auch für andere Verwüstungen von Zivilgesellschaften und auch Genozide und vergleichbare Aktivitäten, die die USA seit ihrer Gründung und vor allem im Laufe des letzten Jahrhunderts durchgezogen haben“.*

Deswegen sei das so gefährlich, und deswegen, so Rügemer, müsse die Friedensbewegung antikapitalistische Dimensionen mit aufnehmen und sich international vernetzen. Wir müssten mit Akteuren, Bewegungen, Initiativen in Europa in Austausch kommen, auch mit Initiativen in den BRICS-Staaten, ebenso mit den anderen kontinentalen Formaten wie SCO in Asien, FOCAC in Afrika, CELAC in Südamerika und EEF im Fernen Osten usw. Diese Internationalisierung sei gerade für uns in Deutschland wichtig, wo wir ganz besonders in der Defensive stehen würden.

*Werner Rügemer ist erreichbar über seine website [www.werner-ruегдаmer.de](http://www.werner-ruегдаmer.de), dort sind auch die Veröffentlichungen zu BlackRock, Ukraine und Friedrich Merz angegeben.*

## **Trumps „America First“ – ein Strategiewandel der USA?**

*aus einem Interview mit Werner Rügemer (RTDE, 1.3.25)*

*RTDE:* Herr Rügemer, hoffen die vielen Kritiker der US-Vormachtstellung mit dem neuen US-Präsidenten Donald Trump zurecht auf ein Ende der US-Hegemonie?

*Rügemer:* Diese "vielen Kritiker" der US-Vormacht liegen mit ihrer Hoffnung völlig falsch. Trump will "America first", wie seine Vorgänger seit der US-Staatsgründung: Die USA als "God's own country" regelt die Weltordnung, jetzt in neuem Anlauf, auch mit jüngeren, radikaleren, zionistischen Multimilliardären. [...] Trump spricht das heute offener aus als die lächelnden Schönredner vom Schlage Clinton, Obama, Biden und Harris. So unterstützt der neue gewählte US-Präsident offen die ethnische Säuberung Palästinas und den Völkermord Israels an den Palästinensern, nach der Parole: "Lasst Netanjahu seinen Job machen!" [...]

In Südamerika unterstützt Trump den kapitalistischen Wüstling Javier Milei, in Venezuela soll Maduro endlich gestürzt werden, ebenso das sozialistische Kuba. [...]

*RT DE:* Trump hat versprochen, den Krieg in der Ukraine zu beenden und Frieden mit Russland zu schließen. Das lässt doch hoffen, oder?

*Rügemer:* Das lässt für die unmittelbare Gegenwart und die militärische Seite erst mal hoffen. Der kleine Stellvertreterkrieger Ukraine konnte den Krieg sowieso nie gewinnen, dieser war aber für BlackRock & Co. extrem lukrativ. Nach mehreren hunderttausend toten Soldaten kriegt die Ukraine wegen Desertion und Flucht von Wehrpflichtigen inzwischen keinen Soldaten-Nachschub mehr. Das bedeutet aber nur: Die Ukraine ist kampfunfähig und hoffnungslos überschuldet. [...]

*RT DE:* Der neue CDU-Vorsitzende und Wahlsieger Friedrich Merz, der als ehemaliger Koordinator von BlackRock Deutschland immer noch die Interessen internationaler

Superreicher vertritt und wohl kaum die Interessen der deutschen Bevölkerung, kritisiert den neuen US-Präsidenten aufs Heftigste.

*Rügemer:* Merz hat überhaupt kein Problem mit Trump. Merz, ein ideologisches Chamäleon, hat Trump kritisiert, weil Merz mit seiner abstürzenden CDU auch den Liberala-Mainstream in Deutschland bedienen muss. Während BlackRock-Chef Laurence Fink sich zu Trump bekannt und ihn bei der Auswahl des Finanzministers beraten hat, folgte auch Merz.

Der CDU-Vorsitzende ist ein billiges Trump-Imitat: mit seiner Hetze gegen Asylanten zugunsten der Unternehmen, mit der weiteren Absenkung der Unternehmenssteuern, mit der Polemik gegen "linke und grüne Spinner" und dann noch mit seinem "Make Germany great again". Merz hat Trump einen Deal angeboten: Deutschland und die EU kaufen noch mehr Frackinggas und Rüstung aus den USA – und Trump soll auf Zölle verzichten. Also: Merz imitiert Trump, aber unterwirft sich gleichzeitig.

Schließlich stimmt Merz völlig mit der elementarsten Position Trumps überein: der fundamentalen Unterstützung der rechtsradikalen, rassistischen, völkermörderischen Regierung Netanjahus. [...]

*RT DE:* Werden die EU und Deutschland den angeblich geplanten US-amerikanischen "Frieden mit Russland" entgegen dem Willen der USA torpedieren? Warum lehnen von der Leyen & Co. die neue US-Administration ab?

*Rügemer:* Diese Ablehnung besteht nur rhetorisch! Die EU und Deutschland können die Verhandlungen zwischen den USA und Russland gar nicht torpedieren. Sie haben der US-Führung bei der neoliberalen Investition, bei der politischen Rechtsentwicklung und bei der Aufrüstung der Ukraine seit den 1990er Jahren assistiert. Jetzt wollen sie auch Trumps Forderung nach weiterer Erhöhung der Rüstungsbudgets erfüllen. Die EU und die heruntergestuften deutschen Kapitalisten betteln also nur um ein etwas größeres Stück beim Ausverkauf des ukrainischen Kuchens.

# Kriegsvorbereitung: „Grünbuch“ für zivil-militärische Zusammenarbeit

Nachfolgend haben wir eine Zusammenstellung aus zwei Einzelbeiträgen der Redaktion von **German Foreign Policy** vorgenommen, die am 11. und 12.2.25 unter dem Titel „Zivilisten im Krieg“ erschienen sind. (Redaktion FJ).

## Das Grünbuch ZMZ 4.0

Erstellt worden ist das Grünbuch ZMZ 4.0 von einem 20 Personen umfassenden Kernteam, dem mehrere Militärs, Vertreter verschiedener Bundes- und Landesministerien und dreier Verfassungsschutzämter sowie vier Mitarbeiter der Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers (PwC) angehörten.<sup>[1]</sup> Geleitet wurde die Arbeit an dem Papier von dem 2007 gegründeten Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit, einem als gemeinnützig eingetragenen Verein in Berlin. Von den 136 Mitgliedern (Stand 3. Juni 2024) sind 77 juristische Personen, also Organisationen unterschiedlicher Art.

## Das Szenario

Das Szenario, von dem das Grünbuch ZMZ 4.0<sup>[2]</sup> ausgeht, sieht eine rasche Eskalation von Spannungen zwischen der NATO und Russland im Frühjahr 2030 vor. Demnach reagieren die NATO-Staaten auf eine Verlegung russischer Truppen nach Kaliningrad und in das Gebiet um Sankt Petersburg, indem sie ihrerseits große Verbände an ihre Ostflanke bringen. So verlegt die Bundeswehr – verstärkt durch Einheiten aus den Niederlanden, Kroatien und Norwegen – rund 30.000 Soldaten nach Litauen.

Die USA entsenden 25.000 vor allem in Süddeutschland stationierte Militärs nach Polen. Frankreich, Großbritannien und Kanada bereiten die Dislozierung von 15.000 Soldaten nach Estland und Lettland vor. Dabei fungiert Deutschland jeweils als Drehscheibe<sup>[3]</sup> für den Transport von Truppen und Material. Das Grünbuch-Szenario geht zusätzlich davon aus, dass die Kriegsvorbereitungen auf Widerstand im eigenen Land stoßen: „Friedensaktivisten und NATO-Gegner von links und rechts“, so heißt es, „rufen zu Demonstrationen und Blockaden von Brücken und Grenzübergängen auf, um einen Krieg mit Russland zu verhindern.“ Zudem führen „Brandanschläge auf Stromverteilerkästen der Deutschen Bahn ... zu Unterbrechungen des Güterver-

kehr“; ein „Bekennerschreiben einer unbekanntem linksautonomen Gruppe“ liege vor.

## „Transit- und Gastnation“

Die Aufgabe, die die Bundesrepublik in diesem Szenario bewältigen müsste, sei es, heißt es im Grünbuch ZMZ 4.0, „den geplanten Aufmarsch und die Versorgung verbündeter und eigener Streitkräfte“ auf ihrem Weg über die „Drehscheibe Deutschland“ an die zur Ostfront werdende NATO-Ostflanke abzusichern – als „Transit- und Gastnation“ für durchziehende Truppen. Da die regulären Einheiten der Bundeswehr für etwaige Kämpfe im Osten benötigt würden, sei dies „eine gesamtstaatliche Aufgabe“, heißt es weiter<sup>[4]</sup> Bereitgestellt werden müssten unter anderem Verpflegung, Treibstoffe, „Übernachtungs- und Abstellkapazitäten“; zu leisten seien „Unterstützung bei Wartung und Sicherung“ des militärischen Geräts „sowie die medizinische Versorgung“. „Bei groß angelegten militärischen Aufmärschen“ komme noch „die Verkehrslenkung“ hinzu.

Auch müssten Convoy Support Center (CSC) errichtet werden, heißt es im Grünbuch – quasi „Rast- und Sammelplätze für die mit Kraftfahrzeugen marschierenden Truppen“, an denen „im Spektrum Verpflegung/Betten/Treibstoff/Werkstatt“ alles potenziell Erforderliche bereitgehalten werden müsse. Für den Betrieb der CSC seien außer „Blaulichtorganisationen“ und zivilen Stellen auch „Vertragspartner aus der [privaten] Wirtschaft“ heranzuziehen. Dies müsse man schon jetzt „der eigenen Bevölkerung ... vermitteln“.

## Krankenhäuser, Arztpraxen, Apotheken

Zivilpersonen sollen, wie sich aus dem Grünbuch ZMZ 4.0 ergibt, im Krisen- und Kriegsfall nicht nur zu Hilfstätigkeiten bei der Verpflegung durchziehender Truppen verpflichtet werden, sondern auch bei der gesundheitlichen Versorgung erkrankter oder auch in Kämpfen verletzter Soldaten. Prinzipiell würden sämtliche „Akteure des Gesundheitswesens“ benötigt, heißt es in dem Dokument<sup>[5]</sup> –

nicht nur einschlägige Rettungsdienste, Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen, sondern auch ambulante Versorgungseinrichtungen, Arztpraxen und Apotheken. Bereits während des Aufmarschs der Truppen in Richtung Osten müsse in dem Szenario, das dem Grünbuch zugrunde liegt, für „60.000 Soldatinnen und Soldaten ... eine (hausärztliche) medizinische Versorgung sichergestellt werden“.

## „Ein reduziertes Versorgungsniveau“

Im Fall eines umfassenden Krieges sei mit bis zu 1.000 Verletzten pro Tag zu rechnen, von denen „33,6 Prozent intensivpflichtig, 22 Prozent vermehrt pflegebedürftig und 44,4 Prozent leichter verletzt“ seien.<sup>[6]</sup> Zur Behandlung müsse man sie von der Front zunächst nach Deutschland transportieren. Dort werde man „zwingend auf zivile Versorgungsstrukturen“ angewiesen sein, die schon jetzt unter Überlastung litten.

Die Grünbuch-Autoren kritisieren eindringlich, „eine öffentliche Diskussion über eine daraus folgende Reduzierung des Versorgungsniveaus“ für die Zivilbevölkerung finde „nicht statt“; diese sei daher auf die „nötige Priorisierung“ – die bevorzugte Behandlung von Soldaten und die nachrangige Behandlung von Zivilisten – „nicht ausreichend vorbereitet“. Dies wiege umso schwerer, als im Kriegsfall „auch größere Fluchtbewegungen aus den Nachbarländern“ zu erwarten seien.

## Kritische Infrastruktur

Wie es im Grünbuch heißt, müsse im Krisen- und Kriegsfall zunächst der Transport von NATO-Truppen über die „Drehscheibe Deutschland“ in Richtung Osten gesichert werden. Dieser beginnt an den Grenzübergängen, die „verzugslos“ passierbar sein sollen – möglichst ungehindert durch mögliche Staus an den Grenzen, durch Flüchtlingsbewegungen oder auch durch Demonstrationen und Blockaden von Friedensaktivisten.

Anschließend gelte es, den Weitertransport über Straße oder Schiene zu

gewährleisten; dabei sei der Zustand auch von Brücken zu berücksichtigen, so etwa die Sperrung der Rheinbrücke bei Leverkusen.<sup>[21]</sup> Straßen, Schienen und Brücken werden in Deutschland zur Zeit auch zugunsten einer Verbesserung der sogenannten Military Mobility instandgesetzt<sup>[22]</sup>. Das Grünbuch warnt vor Sabotageakten, aber auch vor Protesten, die etwa eine Blockade von Bahngleisen beinhalten könnten. Ähnliches gelte für Häfen und Flughäfen. Besonders heben die Autoren des Papiers Maßnahmen zum Schutz der Kritischen Infrastruktur hervor; genannt werden die Energieinfrastruktur – etwa Kraft- oder Umspannwerke –, aber auch Kommunikationsnetze und Rechenzentren.

### „Allgemeine Unruhe“

Grundsätzlich räumen die Autoren des Grünbuchs ein: „Die Truppentransporte, verbunden mit dem einhergehenden Logistikaufwand, werden dazu führen, dass das zivile Leben stark beeinflusst wird.“ Dabei geht es nicht nur um Einschränkungen aller Art „für den öffentlichen Verkehr und die Mobilität der Bevölkerung“. Schon diese Einschränkungen könnten dazu führen, „dass die Versorgung“ der Zivilbevölkerung „nur eingeschränkt oder verzögert aufrechterhalten werden kann“, heißt es.

Weitere Belastungen etwa durch kriegsbedingte Zerstörungen der Infrastruktur oder durch eine massiv gestiegene Zahl an Todesfällen lässt das Grünbuch unerwähnt. Die Autoren gehen allerdings davon aus, dass aufgrund der „Einschränkungen“ für Zivilpersonen „gesteigerte Anforderungen an die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Land zu stellen“ seien. Denn bei einer anhaltend misslichen Lage seien nicht nur „Unruhen“ in der Bevölkerung denkbar; man könne auch nicht ausschließen, dass „Unruhen“ gezielt „forciert und angestachelt“ würden, „um zu einem Zustand allgemeiner Unruhe zu gelangen“, also zu einem Zustand „politischer Destabilisierung“.

### Repression

Entsprechend nimmt das Grünbuch umfassende Repressionsmaßnahmen in den Blick. Wichtig sei, heißt es etwa, die

Grafik aus Grünbuch ZMZ 4.0



„Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit durch erhöhte Polizeipräsenz“. Nötig sei zudem eine enge Zusammenarbeit von „Polizei und Streitkräften“, zum Beispiel bei Erstellung und Aktualisierung eines „Lagebildes“ im Hinblick etwa auf Truppentransporte, die abgesichert werden müssten. Die „Kontrolle und Überwachung der Grenzen“ müsse verstärkt werden.

Hohe Bedeutung messen die Autoren des Grünbuchs den Inlandsgeheimdiensten auf Bundes- und Länderebene (Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz) zu. Diese müssten beispielsweise, heißt es, „Desinformationskampagnen schnell erkennen und Gegenmaßnahmen vorschlagen, um gesellschaftlichen Spaltungen entgegenzuwirken“. Zur „Identifikation und Abwehr hybrider Bedrohungen“ sei „eine systematische enge Abstimmung“ auch der „Nachrichtendienste“ mit Bundeswehr und Polizei unumgänglich. Das Trennungsgebot, demzufolge Polizei und Geheimdienste strikt getrennt operieren müssen, solle „so ausgestaltet sein“, dass es zu keiner „Einbuße in der Öffentlichen Sicherheit führen“ könne.

### Resilienz

Insgesamt dringen die Autoren des Grünbuchs auf eine umfassende Formierung der gesamten deutschen Gesellschaft mit dem Ziel, sie „resilient“ zu machen, „widerstandsfähig“ gegen die Zumutungen aller Art, die Krisen und Kriege unweigerlich mit sich bringen. Um Resilienz zu erreichen, sei

eine dichte „vertikale und horizontale Vernetzung der staatlichen Ebenen“ anzustreben, in die „zivile Akteure“ und Nichtregierungsorganisationen (NGO) konsequent einbezogen werden müssten, heißt es in dem Dokument; „eine widerstandsfähige Gesellschaft“ erfordere einen „Schulterschluss aller Akteure“ – und zwar „von der lokalen Bevölkerung bis hin zu staatlichen Institutionen“. Zivilisten müssten für ihre Rolle in diesem Kontext „geschult und sensibilisiert“ werden; es gelte ein „kollektive[s] Bewusstsein zu schaffen“, dass „jede und jeder Einzelne“ etwas beitragen müsse. Zivilpersonen sollten zum Beispiel fragen: „Wie kann ich meine persönliche Resilienz stärken?“

Dies beginne „bei der Einlagerung von Vorräten“, beinhalte jedoch auch eine „Vorbereitung auf Mangellagen“ ganz allgemein. Man müsse zivil-militärische Zusammenarbeit „mit relevanten Akteuren regelmäßig ... üben“; es gelte zudem, sie „bereits in Schulen zu vermitteln“.

### „Ein Mentalitätswechsel“

Vor einem Jahr hatte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, gefordert, die Bundeswehr müsse „in fünf Jahren ... kriegstüchtig sein“.<sup>[23]</sup> Dabei gehe es „neben der personellen und materiellen Einsatzbereitschaft“ auch um einen „nötigen Mentalitätswechsel, dem wir uns unterziehen müssen“. Eine „Gedankenwende“ sei erforderlich, und zwar nicht nur in der Bundeswehr, sondern auch „in der Gesellschaft. Erst kürzlich hat der stellvertretende Kommandeur des Allied Command Transformation (ACT) der NATO in Norfolk (US-Bundesstaat Virginia), der deutsche General Christian Badia, bekräftigt, „das Mindset der Bevölkerung“ spiele in Krisen und Kriegen „eine sehr entscheidende“ Rolle.<sup>[24]</sup>

Um das erstrebte „Mindset“ zu erreichen, gehen seit geraumer Zeit einige Kommandeure der Landeskommandos der Bundeswehr, zu deren Aufgaben die Einbindung von Zivilisten im Krisen- und Kriegsfall zählt, medial in die Offensive<sup>[25]</sup>. Dazu trägt aktuell auch die Veröffentlichung des Grünbuchs ZMZ 4.0 bei.<sup>[26]</sup>

# „Koalition der Willigen“ für die Ukraine und massive EU-Aufrüstung

Beitrag von **German Foreign Policy**  
vom 3.3.25 – redaktionell leicht gekürzt

**Kurzfristig angesetzter Ukraine-Gipfel in London fordert in Absetzung von den USA europäischen „Friedensplan“ und „Koalition der Willigen“ für die Ukraine. Berlin erwägt Schuldenprogramme vor allem zur Aufrüstung von bis zu 900 Milliarden Euro.**

## „Der Riese Europa wacht auf“

Auf dem Sondergipfel in London haben sich 14 europäische NATO-Mitglieder, Kanada und die Ukraine auf ein gemeinsames Vorgehen mit Blick auf den Ukraine-Krieg geeinigt – so weit wie möglich ohne Rückgriff auf die USA. Demnach wollen Frankreich und Großbritannien sowie eventuell ein bis zwei weitere Staaten einen Friedensplan für die Ukraine entwerfen. Anschließend soll eine „Koalition der Willigen“ geschmiedet werden, um Truppen zur Friedenssicherung in die Ukraine zu entsenden.

Den Grundstock dafür könnten Frankreich und Großbritannien stellen, die seit 2010 militärisch eng zusammenarbeiten und auf der Basis dieser Militärkooperation bereits im Jahr 2011 den Libyen-Krieg führten<sup>[1]</sup> Paris und London stimmen sich auch bezüglich ihres Vorgehens im Ukraine-Krieg seit einiger Zeit sorgfältig ab. Im Hinblick darauf verlangte Außenministerin Annalena Baerbock bereits vor dem Gipfel, jetzt müsse Deutschland „Führung einnehmen“; sie behauptete: „Die Welt schaut auf uns“.<sup>[2]</sup>

Nach dem Eklat zwischen US-Präsident Donald Trump sowie seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj am 28.2.25 hatte die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas geäußert, es sei klar, „dass die freie Welt einen neuen Anführer braucht“; es sei nun „an uns, den Europäern“, diese „Herausforderung anzunehmen“.

## Transatlantische Spannungen

Unklar bleibt nach dem Sondergipfel, wie sich die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und den USA in Zukunft entwickeln werden. Diese hatten sich in der vergangenen Woche wei-

ter verschlechtert. Nachdem es der EU gelungen war, einen US-Entwurf für eine Resolution der UN-Generalversammlung gegen Washingtons Intentionen zu ändern, und die EU-Außenbeauftragte Kallas Trumps Pläne zur Beendigung des Ukraine-Kriegs als „schmutzigen Deal“ beschimpft hatte, sagte US-Außenminister Marco Rubio ein Treffen mit ihr kurzfristig ab, obwohl sie bereits in der US-Hauptstadt eingetroffen war.<sup>[4]</sup>

Dennoch sind besonders Großbritanniens Premierminister Keir Starmer sowie Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, die Trump politisch sehr nahe steht, bestrebt, einen harten transatlantischen Bruch zu verhindern. Dieser wäre auch militärisch für Europas Streitkräfte fatal: Sie sind unter anderem auf US-Satellitendaten und auf weitere US-Unterstützung angewiesen.

## „Eigenständig bewaffnen“

Auch deshalb nahmen die anwesenden Staaten Europas sowie die EU auf dem Londoner Sondergipfel Schritte zu einer massiven Aufrüstung in den Blick. Diverse europäische Länder würden „ihre Verteidigungsausgaben erhöhen“, teilte NATO-Generalsekretär Mark Rutte in einer Stellungnahme nach dem Treffen mit.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen forderte: „Wir müssen Europa dringend wiederbewaffnen“; zudem bestätigte sie, sie werde dem EU-Gipfel einen „umfassenden Plan“ dafür vorlegen.<sup>[6]</sup>

## Bis zu 900 Mrd. Euro

Während die Aufrüstungspläne auf EU-Ebene am Donnerstag besprochen werden sollen, bereiten CDU/CSU und SPD laut Berichten nicht nur eines, sondern sogar gleich zwei neue Finanzierungspakete insbesondere zur Aufrüstung auf nationaler Ebene vor. Dabei soll es sich um zwei sogenannte Sondervermögen handeln – nach dem Modell der 100 Mrd. Euro, die die Bundesregierung nach dem russischen Angriff auf die Ukraine bereitgestellt hatte.

Die Bezeichnung „Sondervermögen“

führt dabei nach Auskunft des Bundesrechnungshofs in die Irre; in Wirklichkeit handelt es sich eindeutig um „Sonderschulden“.<sup>[9]</sup> Die neuen Pläne basieren dabei auf Vorschlägen von vier bekannten deutschen Ökonomen<sup>[10]</sup>, die einerseits für ein neues „Sondervermögen Bundeswehr“, andererseits für ein zweites „Sondervermögen Infrastruktur“ plädieren. Für ersteres raten sie zu einem Volumen von 400 Mrd. Euro, für letzteres zu einem Wert von 400 bis 500 Mrd. Euro.<sup>[11]</sup>

Zum Vergleich: Das Budget der Bundesregierung für 2025 sieht laut aktuellem Stand Ausgaben in Höhe von knapp 489 Mrd. Euro vor. Die Bezeichnung „Infrastruktur“ führt dabei insofern in die Irre, als eine Instandsetzung etwa von Straßen und Brücken nicht zuletzt aus militärischen Gründen als erforderlich gilt: Zur Zeit ist der Transport etwa schwerer Panzer über Brücken nicht flächendeckend gesichert.<sup>[12]</sup>

## Atommacht Europa

Darüber hinaus haben erste Überlegungen zum Aufbau eines von den Vereinigten Staaten unabhängigen Nuklearschirms über Europa begonnen. Der mutmaßliche künftige Bundeskanzler Friedrich Merz hat bestätigt, er wolle in nicht bloß in den Koalitionsverhandlungen, sondern „auch mit unseren Partnern in Europa“ besprechen, „ob es mit Frankreich oder Großbritannien“ in Richtung „atomare Teilhabe“ gehen könne.<sup>[13]</sup> Merz erteilte Überlegungen, Deutschland könne eigene Atomwaffen entwickeln und herstellen, zumindest vorläufig eine Absage.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron gab sich für Merz' Vorstoß prinzipiell offen. „Wir haben einen Schutzschild, sie nicht“, sagte Macron am Wochenende: „Sie können nicht länger von der nuklearen Abschreckung der USA abhängen.“ Er schlug einen „strategischen Dialog“ auf europäischer Ebene vor. Für den Aufbau einer eigenständigen, von der NATO unabhängigen europäischen Streitmacht veranschlagte er fünf bis zehn Jahre.<sup>[14]</sup>



## Rechtsentwicklung und Faschismusgefahr in Deutschland

Der nachfolgende Text ist der zusammenfassende Auszug aus einer umfangreicheren historischen Betrachtung von **Andreas Wehr** und entnommen aus seiner Homepage unter [www.andreas-wehr.eu](http://www.andreas-wehr.eu)

### Faschismusinflation

Im Januar 2025 erklärte der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz mit Blick auf die Partei Alternative für Deutschland (AfD): „Einmal 33 reicht für Deutschland.“ So sehen es auch Sozialdemokraten, Grüne und Linke: Mit der AfD drohe die Zerstörung der Demokratie, heißt es dort. Und für die Antifa steht eh der Faschismus vor der Tür. Auch international hat der Faschismusbegriff gegenwärtig Konjunktur.

Donald Trump ist ein Faschist, so heißt es bei Sozialisten und Kommunisten in den USA. In Europa ist es Giorgia Meloni die so betitelt wird, bereits Silvio Berlusconi war für viele ein Faschist. Wir haben es mit einer wahren Faschismusinflation zu tun, zumindest was den Begriff angeht.

### Droht ein neuer Faschismus?

Die Situation der Länder des „Westens“ und damit Deutschlands, unterscheidet sich heute grundlegend von der Zwischenkriegsphase mit dem Aufstieg faschistischer Kräfte in Italien und Deutschland, aber auch in Polen, Österreich, Ungarn, Spanien und Portugal. Es gibt in der Bundesrepublik gegenwärtig keine relevanten Kräfte im



Militär, in der Staatsbürokratie und unter den führenden Kapitalisten, die den Sturz der verfassungsmäßigen parlamentarischen Ordnung herbeiführen wollen. Es gibt weder eine relevante faschistische Partei noch „faschistische Stoßtrupp“. Auch gibt es heute keine relevante Kraft, die das kapitalistische Herrschaftssystem in Frage stellen könnte.

Mit dem Ende der Sowjetunion und der DDR 1989/91 verschwand die Systemalternative Sozialismus, damit ging den militanten Rechtskräften zugleich das kommunistische Feindbild verloren. Es gibt daher nicht die gegenwärtig so oft beschworene faschistische Gefahr. Wer anderes behauptet, verharmlost zugleich den wirklichen Faschismus, wie er in Deutschland zwischen 1933 und 1945 an der Macht war.

Was es mit der „Alternative für Deutschland“ allerdings gibt, ist eine neue konservative, reaktionäre Partei, in der sich auch rechtsradikale Kräfte organisieren, die aber insgesamt eine Verselbständigung des rechten Flügels von CDU/CSU darstellt, wie er seit Beginn der Bundesrepublik existierte, und der in der Kanzlerkandidatur von

Franz-Josef Strauß 1980 einen Höhepunkt an Einfluss in den Unionsparteien erreicht hatte. Es ist daher alles andere als zufällig, dass der AfD viele ehemalige Funktionäre und Mandatsträger von CDU/CSU angehören.

Der Aufstieg dieser neuen deutschen konservativen Partei steht im Kontext mit vergleichbaren Entwicklungen in Europa. In Frankreich ist der *Rassemblement National* unter Marine Le Pen auf dem Vormarsch, die italienische Partei *Fratelli d'Italia*, die Nachfolgepartei der Neofaschisten, befindet sich bereits an der Macht.

In den Niederlanden regiert die rechtspopulistische Freiheitspartei. In Belgien führen die flämischen Nationalisten die Regierung. Und in Österreich wurde die FPÖ zur stärksten Kraft. Einflussreiche rechtspopulistische Parteien existieren auch in Spanien, Portugal, in Osteuropa und in den skandinavischen Ländern.

[...] Für die fortschrittlichen Kräfte stellt hingegen der Aufstieg der reaktionären und zugleich neoliberalen AfD eine große Herausforderung dar, zumal sich erhebliche Teile der Deklassierten und Lohnabhängigen an ihr orientieren.

## Der Neofaschismus als Produkt des Neoliberalismus

Auszug aus: *Untergrundblättele (Schweiz)* vom 11.2.2025

Das neoliberale ökonomisch-politische Gesellschaftsarrangement wird durch eine andere Form abgelöst. In jener treten die Härten des Kapitalismus unvermittelter zu Tage. Darin werden demokratische Rechte, Freiheiten und Institutionen abgebaut, da sie gesteigerten Interessen nach Kapitalverwertung und Herrschaftsausübung im Weg stehen. [...]

Ausgebaute Überwachungsmechanismen, erweiterte Polizeibefugnisse und der entsprechend beeinflusste mediale

Diskurs ermöglichen es, jede Gegenwehr gegen das neue Regime zu diskreditieren und zu ersticken. Kriege werden vom Zaun gebrochen, um die Überakkumulation zu bereinigen und den Widerstand gegen das neue Regime zu brechen.

Diesem wird es trotzdem weiterhin geben. Immer noch werden sich Menschen solidarisch aufeinander beziehen, sich in Gegenkulturen zusammenschließen und Keimzellen einer erstrebenswerten Gesellschaft bilden. Damit dies gelingen kann, gilt es aber, die sich vollziehenden Veränderungen

zu verstehen, den Feinden ins Auge zu blicken und entgegen die Realität der Herrschenden Visionen erstrebenswerter Zukünfte zu präfigurieren.

Das neue Herrschaftsarrangement wird keine durch und durch faschistische Gesellschaft sein. Sie wird nicht im Sinne einer totalitären Gesellschaftsform funktionieren, wie sie im historischen Nationalsozialismus aufgebaut wurde. Beziehungsweise wird die Totalität unscheinbarer daher kommen – und sich auf Datenmaterial stützen. [...]



## Francesca Albanese: Staatsfeindin und Staatsräsön

von Jakob Reimann

### „Wir lassen uns nicht einschüchtern“

Mehrfach adressierten einige der Panelisten dabei die im Saal anwesenden Polizist\*innen. Denn im schnurstracks auf den Autoritaris-

Der Beitrag erschien am 23.2.25 auf der Homepage des Autors [www.etosmedia.de](http://www.etosmedia.de)

mus zusteuern den Staatsräsön-Deutschland nimmt sich die Staatsgewalt rotzfrech das Recht heraus, ihre Kritiker nach Belieben einzuschüchtern und auf ihren Veranstaltungen rumzulungern.

Fünf Uniformierte mit Schusswaffen und ein Übersetzer waren während der Achtstundenveranstaltung im rappevollen Raum in der Maigalerie der jungen Welt anwesend. Das geschah gegen den ausdrücklichen Willen und Widerstand der Zeitung, machte jW-Geschäftsführer Dietmar Koschmieder in seiner Begrüßungsrede deutlich. Das Blatt werde rechtlich gegen diesen Eingriff vorgehen.

Auf die Frage, warum sich die Uniformierten nicht einfach den Stream im Internet angucken wollten, hieß es, dass schließlich auch die Teilnehmenden im Visier bleiben müssten; man rechne nämlich mit „Äußerungsstraf-taten“, heißt es bei jW. Polizisten, die bei Veranstaltungen durch die Reihen ziehen und Tuscheleien registrieren – auch das gehört wohl zum neuen Normal in diesem Land.

Auf Schritt und Tritt wird sie verfolgt: Egal, wo Francesca Albanese hingeht, die deutsche Polizei ist schon da. Am Dienstag war die UN-Sonderbericht-steratterin für die besetzten Gebiete Palästinas auf einer Veranstaltung in den Räumlichkeiten der Tageszeitschrift *Junge Welt*, die unter anderem von Mera25 organisiert wurde – vor Ort waren 22 Einsatzwägen der Polizei, so zählten wir, und viele Uniformierte.

Die Keynote-Rede der in diesem Land in Ungnade gefallenen Menschenrechtsexpertin thematisierte „*Internationales Recht im Angesicht des Genozids in Gaza*“, und auf dem Abschlusspanel diskutierten Albanese, Michael Barenboim, Eyal Weizman, Melanie Schweizer, Qassem Masri und Wieland Hoban moderiert von Carolina Rehrmann mehrere Stunden lang ein breites Spektrum an Themen rund um Israels Menschheitsverbrechen in Gaza und die Knüppel, die der deutsche Staat solidarischen Leuten in die Beine schlägt, wollen sie diese Verbrechen auch nur besprechen.

Missbraucht wurde erneut das Konzept „*Versammlung im geschlossenen Raum*“, zu dem das Event kurzerhand deklariert wurde, und von dem sich die Polizei die Anmaßung ableitet, in private Räume einzudringen (bekannt vom Palästina-Kongress im vergangenen April, auf dem ebenfalls mithilfe dieser Krücke Polizei die Teilnehmenden belästigte und nach wenigen Minuten den Kongress gänzlich sprengte).

Das Event sollte zunächst im Kühlhaus in Berlin-Kreuzberg stattfinden,

musste dann aber kurz vor Beginn von den Veranstaltern gecancelt werden. Denn das Kühlhaus „*wurde massiv von deutschen Politikern und der Berliner Polizei unter Druck gesetzt, die Veranstaltung abzusagen*“, heißt es bei den Organisatoren über diese übergriffige Einschüchterung seitens des deutschen Staats. Nur ein Bruchteil der Hunderten zahlenden Gäste hatte dann in den Räumlichkeiten der jungen Welt Platz. Und auch hier war wegen des massiven Polizeiaufgebots davon ausgegangen worden, dass das Event nicht (in Gänze) stattfinden wird. „Wir lassen uns nicht einschüchtern – die Veranstaltung wird wie geplant stattfinden“, hieß es bei der *JW* kämpferisch auf X.

„*Druck, Einschüchterung und Mafia-Taktik*“, so beschrieb die Italienerin Albanese treffend die Umstände ihres Besuches in der liberalen Demokratie Deutschland und erklärte sich erschüttert über den Angriff auf die Grundrechte in diesem Land. In den Tagen zuvor wurden bereits zwei Events mit der UN-Repräsentantin gecancel. Die Unileitung stornierte ihren für den 16. Februar geplanten Vortrag an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München und versteckte sich hinter unibürokratischen Ausflüchten. „*Wenn Ideologie anfängt, Menschen zum Schweigen zu bringen, gibt es keine Freiheit mehr*“, kommentierte Albanese auf X.

Auch der Präsident der „Freien“ Universität Berlin, Günter Ziegler, knickte unter dem Druck der üblichen Verdächtigen ein und cancelte die für den 19. Februar geplante Veranstaltung mit Albanese und dem israelischen Architekten Eyal Weizmann – aus „Sicherheitsgründen“, heißt es, als würden in Steglitz-Zehlendorf marodierende Schlägerbanden ihr Unwesen treiben.

Und die bürgerliche Presse stimmte freudig in den Denunziationskanon ein, so druckte der in linksliberalen Kreisen weiterhin als linksliberal geltende Tagesspiegel einen Text, in dem er einfach die grotesken Unter-

stellungen und Verunglimpfungen rechter Akteure wie Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner, den israelischen Botschafter in Deutschland, Ron Prosor, oder den konservativen Verein „Werteinitiative“ aneinanderreicht. „Ist die Freie Universität ein Trainingscamp für Hamas-Anhänger?“, fragte Prosor übergriffig in einer Mail an FU-Chef Günter Ziegler, in dem er diesen zur Absage drängt.

Die Veranstaltung mit Albanese und Weizman wurde schließlich von der FU ins bUm in Kreuzberg verlegt. Und auch dort am Paul-Lincke-Ufer war ein Polizeiaufgebot vor Ort, um die Gäste und Organisatoren einzuschüchtern.

### **Juden schlagen gegen Antisemitismus**

In keinem anderen Land außer Deutschland sei jemals eine ihrer Veranstaltungen abgesagt worden, sagte Francesca Albanese auf der Veranstaltung in Berlin – „nur einmal, in Montreal, bekamen wir tatsächlich keinen Veranstaltungsort, sondern einen größeren“.

Mit solch einem übergriffigen und arroganten Verhalten macht sich Deutschland zunehmend zum Aussätzigen auf der internationalen Bühne. Bis auf die Akteure selbst und die bürgerlich-liberal-rechte Querfront fanatischer Israel-Unterstützer glaubt doch niemand ernsthaft die Lüge, es gehe um den „Kampf gegen Antisemitismus“, wenn der deutsche Staat mit zunehmender Brutalität seine Gewalt einsetzt, um die rechtsradikale Regierung in Israel vor Kritik abzuschirmen.

Durch die ihrerseits antisemitische Einsetzung von Judentum mit dem israelischen Staat hat der deutsche den Trick fertiggebracht, sein Zumarschieren auf den Autoritarismus süffisant mit der Groteske, man habe „aus der Geschichte gelernt“, ideologisch zu begründen. Und die Repressionsliste ist lang. Demos und Kundgebungen werden massenhaft untersagt, pro-palästinensische Organisationen werden verboten oder vom Verfassungsschutz überwacht. Das linke migrantisch-feministische Zentrum Oyouin in Berlin-Neukölln wird von der rechten Berliner Senatsregierung defundiert, der Berliner Kultursektor Joe Chialo (CDU) will dort nämlich „versteckten Antisemitismus“ entdeckt haben: Politik auf Dinge zu gründen, die

man weder sehen noch hören kann – das sind die Narrative von Despoten.

Leute verlieren wegen Meinungsäußerungen ihre Jobs. Über mittlerweile drei Bundestags-Resolutionen – die als Gesetz verfassungswidrig wären, wie die Wissenschaftlichen Dienste klarstellten – soll der flächendeckende Angriff auf grundlegendste Rechte und der Kampf gegen migrantische Personen institutionalisiert werden. Der Staat entfesselt Orwells Gedankenpolizei und drängt in sämtliche Bereiche kritischen Denkens vor. Und das alles freilich unter dem Banner des Anti-Antisemitismus.

Und im Mai 2023 war es wieder soweit: Acht Jahrzehnte nach Hitler kann der deutsche Staat wieder auf offener Straße Juden verprügeln und wie Schwerverbrecher in Handschellen abführen. Auf der von der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost organisierten Kundgebung am Berliner Oranienplatz gedachten Juden, Palästinenserinnen und alle anderen Solidarischen des 75. Jahrestags der Nakba.

Da es für die Politik wohl einen Beigeschmack hatte, die Veranstaltung einer jüdischen Gruppe im Vorfeld zu verbieten, wählten sie den Weg der politischen Rückgratlosigkeit und schickten ersatzweise ihre Schläger in Uniform, um diesen Job für sie zu übernehmen. Der deutsche Staat schlägt nämlich Juden gegen Antisemitismus.

### **Israel und Deutschland – verknüpfte Schicksale**

Diese eskalierende Repression ist Folge des historischen Umstands, dass der deutsche Staat sein eigenes Schicksal unumstößlich und bedingungslos an das Schicksal des israelischen Staats gebunden hat. Hat Merkel in diesem Kontext den Begriff der Staatsräson in ihrer Knesset-Rede im März 2008 zwar erst populär gemacht, stellte auch die Kanzlerin in Jerusalem damals bereits die historische Kontinuität heraus:

*„Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verant-*

*wortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes.“*

Diese Verbindung reicht bis zur Geburt beider Staaten zurück. Deutschland hat sich durch Faschismus, Weltkrieg und Auschwitz aus der „Staaten-gemeinschaft“ ausgeschlossen – dass das ob Deutschlands Größe, Wirtschaftspotenzial, Macht und Geographie nur temporär sein konnte, war allen Beteiligten recht schnell klar: Der Morgenthau-Plan, Deutschland in einen deindustrialisierten Agrarstaat zu verwandeln, wurde von Roosevelt und Churchill zunächst befürwortet, im noch jungen Kalten Krieg aus geopolitischen Notwendigkeiten jedoch rasch über Bord geworfen.

Doch um sich als Nation auf der Weltbühne zu rehabilitieren, musste Deutschland liefern, und dafür bot sich mit dem neu gegründeten Israel ein wertvoller Hebel – eine einzigartige Konstellation, die schließlich zu einer lebensnotwendigen Symbiose führte. Aus dieser zogen beide Staaten maximale Ressourcen, um sich im brutalen Wettlauf der Staatenkonkurrenz erfolgreich zu positionieren.

Nach Krieg und brutaler Gewalt rund um die Staatsgründung 1948 war das neue Land geschwächt. Das junge Israel war ein Agrarland, das Millionen Einwanderer aus Europa und der arabischen Welt versorgen musste. Industrialisierung im Eiltempo musste her, doch Unterstützung dafür gab es keine – die Ära der USA als Israels Patron sollte noch zwei Jahrzehnte auf sich warten lassen. Und so bot sich für Jerusalem und Berlin die Chance, sich gegenseitig den Staatsaufbau zu ermöglichen, ideologisch einerseits, materiell andererseits: moralische Absolution für Deutschland, Aufbau der Industrie für Israel, so kurz und knapp der Deal zwischen dem Antisemiten Adenauer und dem Gründer des „Jüdischen Staats“, David Ben-Gurion. Finanzhilfen sowie Industriegüter und -anlagen in Milliardenhöhe stellte Deutschland bereit. Später auch Kriegsgerät – ein schlauer Umweg, die noch junge deutsche Rüstungsindustrie mit Aufträgen zu versorgen und so eine Kontinuität in der Herstellung deutschen Kriegswerkzeugs sicherzustellen.

## „Entnazifizierung“ als Gründungslüge der BRD

Für Israel ging es ums nackte Überleben als kriegsgeborener Staat, der im beträchtlichen Maße mit Ressourcen und Geld der Täter aufgebaut wurde. Für Deutschland ging es um Absolution, und im israelischen Staat „wurde ein passendes Ersatzobjekt für die Wiedergutmachung gefunden“, sagt Iris Hefets von der jüdischen Stimme. Es war aber auch ein eleganter Trick: Deutschland konnte sich als geläuterte Nation präsentieren, die angeblich gelernt und Nie wieder! in den Kern der eigenen Staatenidentität gestellt hat, und mit den alten Nazis die neue Republik aufbauen – in Politik, Industrie, Verwaltung, Gerichten, Militär, Polizei, überall waren Altnazis an den Schalthebeln. Die bedingungslose Unterstützung Israels war als Rehabilitierung auf der Weltbühne freilich wesentlich bequemer, als all den braunen Filz tatsächlich zu entnazifizieren.

Insgesamt saßen 287 Nazis in Parlamenten der BRD, waren Botschafter, Minister, Kanzler, Präsidenten oder in anderen höchsten Funktionen des deutschen Staates tätig. Die Union hatte in absoluten Zahlen die meisten Nazis im Bundestag, mit teils mehr als der Hälfte der Abgeordneten die FDP die höchsten relativen Zahlen. Den Rekord hält hier das Kabinett Erhard I (1963–65), in dem sieben Minister Altnazis waren. Zusammenaddiert waren ehemalige NSDAP-

Mitglieder 150 Jahre lang als Kanzler, Minister, Präsident oder Bundestagspräsident tätig; davon 96 Jahre FDP, 40 Union und elf SPD. Diese Parteien schafften es, den Geist des deutschen Faschismus in der zweiten Jahrhunderthälfte zu konservieren.

Dass es dieses bis ins Mark reaktivierte Land fertigbrachte, sich „Entnazifizierung“ als Staatsgründungsmythos zu geben, ist eine Meisterleistung der Propaganda und der kollektiven Selbsttäuschung. Sie erzählten sich diese Lüge, bis sie zur gefühlten Wirklichkeit wurde – denn was wären „wir“ schon ohne sie? Staatsgründungsmythen sind in aller Regel grober Unsinn und dienen dazu, den Samen des Nationalismus zu säen und so das Volk als staatliche Verfügungsmasse unter die Nationalflagge zu jochen und ideologisch zu einen.

Doch kaum ein Mythos ist so hinterlistig und verkommen wie der deutsche. Diese Märchengeschichte ist die Lebenslüge von Generationen und führte zu der nur schwer in Worte zu fassenden Arroganz, mit der Deutschland die ganze Welt belehrt. Statt Demut gibt es hier Hybris, Herablassung und Anmaßung, und die Rolle des selbstgefälligen, verächtlichen Oberlehrers ist unumkehrbar im deutschen Bewusstsein und seiner Selbstwahrnehmung verankert.

Deutschland hat seine Existenz kau-

sal an den israelischen Staat geknüpft, und wenn Israel schnurstracks auf den Faschismus zumarschiert, harmoniert das wunderbar mit dem deutschen Projekt des autoritären Staatsumbaus. Die Toten von Auschwitz würden diesem Staat ins Gesicht spucken, sähen sie, welche Verbrechen in ihrem Namen begangen, gedeckt, unterstützt werden, und wie unter der Täuschung „Kampf gegen Antisemitismus“ der bissige Köter Polizeistaat von der Kette gelassen wird. Umso offensichtlicher Israel Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Apartheid, begeht, umso brutaler muss hierzulande der Protest dagegen zerschlagen werden, um zu verhindern, dass das deutsche Selbstbild bröckelt. Die BRD wird wegen der Repression gegen Demonstrant\*innen neben Ländern wie China, Mexiko, Türkei, Marokko, Saudi-Arabien oder Russland mittlerweile auf der Weltkarte „Protect the Protest“ von Amnesty International gelistet.

Dass Deutschland eine UN-Sonderberichterstatterin zur Staatsfeindin #1 erklärt und wie eine Schwerverbrecherin von der Polizei verfolgt lässt, ist eine folgerichtige Konsequenz aus der Art und Weise, wie die gesamte Legitimität dieses Staates begründet wurde: Staatsräson-Deutschland funktioniert ausschließlich als Staatsgewalt-Deutschland.

## Buchbesprechung: Israel als Sieger und Verlierer zugleich

Jacques Baud: *Die Niederlage des Siegers*. Westend Verlag, Neu-Isenburg 2024, Taschenbuch, 488 Seiten, 32 Euro

Eine Rezension von **Norman Paech**, zuerst erschienen auf den Nachdenkseiten am 21.2.25

Nun, da US-Präsident Trump darangehen will, gemeinsam mit dem begeisterten Ministerpräsidenten Israels, Netanjahu, den Gazastreifen endgültig von den Palästinenserinnen und Palästinensern zu säubern und nach den bewährten Kriterien der Immobilienbranche für seine Klienten herzurichten, herrscht in der westlichen Welt plötzlich Überraschung und Empörung.

Das ist zumindest so verlogen, wie der

Umgang mit diesem zum Völkermord entarteten Krieg seit dem 7. Oktober 2023 verlogen ist.

Denn die Vertreibung der Bewohner und den Umbau – nicht Wiederaufbau – des Streifens zu einer internationalen Handels- und Tourismussexzellenz konnte man schon länger in Plänen der Regierung in Jerusalem und von sogenannten Thinktanks lesen. Überraschen sollte ebenfalls nicht die Brutalität, mit der Trump die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung ohne die Chance einer Rückkehr durchsetzen will und dabei die Nachbarstaaten Jordanien und

Ägypten unter Druck setzt. Netanjahus Strategie, den Krieg gegen den Gazastreifen so lange hinauszuziehen, bis Trump als neuer Präsident der USA neben und hinter ihm steht, ist offensichtlich aufgegangen. Die NATO-Verbündeten, die einzigen Staaten, die einen gewissen Einfluss auf Trump ausüben könnten, verharren selbst in Schockstarre durch die Verordnungsflut Trumps, mit der er die alten Verträge und Abreden umstürzt. Der Völkermord ist noch nicht beendet, und schon scheint er durch die neue Katastrophe der totalen Vertreibung in Vergessenheit zu geraten.

In dieser Situation ist es gut, in ein Buch hineinzuschauen, welches mit großem und faktenreichem Realismus die vergangenen anderthalb Jahre des Krieges dokumentiert und analysiert. Der Autor des Buches war bisher der Öffentlichkeit eher bekannt durch ein Buch über Putin und seine detaillierten und illusionslosen Analysen des Kriegsgeschehens in den östlichen Provinzen der Ukraine.

Dazu war er als ehemaliger Geheimdienstler in Schweizer Diensten und als Beauftragter der UNO in der Ukraine zweifellos prädestiniert. In seinem neuen Buch über den Gaza-Krieg mögen ihm die Arbeit und Erfahrungen auf dem ukrainischen Kriegsschauplatz die notwendige Nüchternheit und Distanz zum grauenhaften Geschehen verschafft haben, die für eine objektive Analyse notwendig ist.

Baud beginnt mit dem historischen Kontext der Palästinafrage. Er geht bis 1948 zurück und diskutiert die zentralen Fragen der Aufteilung Palästinas, der ungeklärten Grenzen, der Jerusalemfrage, des Rechts auf Rückkehr und auf Widerstand. Erst aus diesem historischen Hintergrund lässt sich erklären, warum und wie es zu diesem furchtbaren Ausbruch am 7. Oktober 2023 gekommen ist.

Eine jahrzehntelange Unterdrückung, die nicht erst 1967 begann, musste zum palästinensischen Widerstand führen, der immer wieder in Aufständen mit offener Gewalt kulminierte, ob die Intifada 1987 bis 1993 und 2000 bis 2004 oder jüngst im Oktober 2023.

Baud diskutiert diesen Widerstand nicht in den engen Klammern von Gewalt und Terror, sondern blickt auf den völkerrechtlichen Rahmen, der auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker diesen „Widerstand mit allen Mitteln“ in zahlreichen Resolutionen für rechtmäßig erklärt.

Terror und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung sind zweifellos Völkerrechtsverbrechen, aber die nüchterne Brille des Völkerrechts ermöglicht ihm einen anderen Blick auf die Hamas und die anderen Widerstandsbewegungen in Gaza. Bei aller Distanz zu den gesellschaftlichen Vorstellungen dieser Bewegungen erkennt er in ihnen die legitimen Organisationen des Widerstands und der Befreiung – offensichtlich eine

Zumutung für die hiesigen Medien und Politik.

Seine strategisch analytischen Arbeiten in Osteuropa für den Schweizer Nachrichtendienst befähigten Baud offensichtlich auch, die Voraussetzungen, Ziele und den Ablauf der Operation Al-Aqsa-Flut mit nüchterner Distanz und vielen untergegangenen und unterdrückten Informationen zu erörtern. So waren die letztlich freigelassenen Soldatinnen im Militärkibbuz Nahal Oz gefangen genommen worden – also keine Geiseln, sondern Kriegsgefangene nach dem Humanitären Völkerrecht.

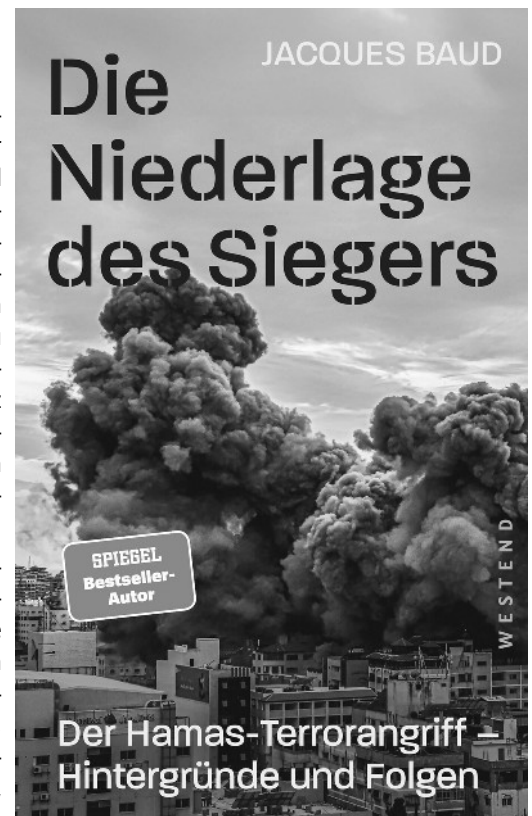
Während der Angriff auf das Festival Supernova zweifelsfrei ein Kriegsverbrechen war, entpuppten sich die lange durch die Presse getriebenen Erzählungen über 40 enthauptete Babys, das in den Ofen gesteckte Baby, die aufgeschlitzte Frau und die zahlreichen Vergewaltigungen als Lügen, deren Widerruf nie erfolgte oder im Sande verlief.

Desgleichen unterzieht Baud die israelische Reaktion seit dem 8. Oktober 2023, die Operation Eiserne Schwerter, einer detaillierten und umfangreichen Untersuchung. Sie reicht von den Zweifeln an der Angemessenheit der Strategie und der schlecht ausgebildeten Truppe über die Rolle der israelischen Hasbara bis zur Kritik an der Rechtfertigung durch das Recht auf Selbstverteidigung und am Einsatz von Hunger, Vertreibung und Gewalt.

Baud zögert nicht, die ganze Strategie des Krieges und die Brutalität ihres Umsatzes mit den in der deutschen Diskussion weitgehend verpönten Begriffen der ethnischen Säuberung und des Völkermordes zu markieren.

Der Autor wendet die Aufmerksamkeit zum Schluss auf die Nachbarstaaten und ihre gefährliche territoriale Nähe zu Israel, die kriegsträchtige Auseinandersetzung mit der Hisbollah im Libanon und die Anwesenheit der USA im Nahen Osten.

Er kritisiert deutlich die Abwesenheit der europäischen Diplomatie und eine „arabische Welt, die ihre Brüder vergessen hat“ Wenn er schließlich fragt, warum wir uns ständig irren



und von Misserfolg zu Misserfolg uns der Realität verweigern, muss man zurückfragen, stimmt denn das?

So wie Henry Kissinger bis zu seinem Tod der Überzeugung war, dass der Vietnamkrieg ein Erfolg war, da er die Ausweitung des Kommunismus nach Westen stoppte, so könnten die USA und ihre Vasallen darauf verweisen, dass sie gemeinsam mit Israel gegen die Ausdehnung und Stärkung des US-kritischen arabischen Lagers stehen.

Insbesondere in der kommenden Auseinandersetzung mit China brauche man einen bündnissicheren Nahen Osten, der am besten durch ein militärisch, technologisch und ökonomisch starkes Israel garantiert werde. Das könnte sich allerdings als Irrtum erweisen, ist jedoch derzeit noch die Grundlage der Strategie Trumps und der europäischen Vasallen, die ihm nolens volens folgen.

Der Titel des Buches „Die Niederlage des Siegers“ ist daher gut gewählt. Netanjahu und Trump könnten den Vernichtungsfeldzug zu Ende führen und Gaza exekutieren. Es wäre dennoch eine Niederlage nicht nur für die Palästinenser, sondern vor allem für die israelische Gesellschaft, die länger nachwirken könnte als der 7. Oktober.

# Deutschlands Wende zum migrationsfeindlichen EU-Staat

*Kerem Schamberger ist Kommunikationswissenschaftler und in der Öffentlichkeitsarbeit von medico international für den Bereich Flucht und Migration zuständig. Der nachfolgende Beitrag ist die gekürzte Fassung seines Vortrages auf der Münchner Friedenskonferenz am 14.2.2025. Quelle: [www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de)*

Laut den UNHCR waren im Juni 2024 weltweit 122,6 Millionen Menschen auf der Flucht. So viele Menschen sind gewaltsam vertrieben, wie die Bevölkerungszahl von Deutschland, Österreich, Schweiz und den Niederlanden zusammen. Viele von ihnen aufgrund von Kriegen und gewaltsamen Auseinandersetzungen, aber auch aufgrund der bereits stattfindenden Klimakatastrophe – zu der übrigens Militär, Rüstung und Krieg ganz massiv beitragen.

Zur Klarstellung: 80-85 % der Fliehenden werden von Ländern des Globalen Südens aufgenommen und nicht von Europa oder den USA.

Was wir gerade in der öffentlichen Debatte und der Politik erleben, ist die Ausrufung eines Krieges gegen die Migration. Die Frage des Umgangs mit der Migration ist zu einer der entscheidenden Menschenrechtsfragen des 21. Jahrhunderts geworden. Und momentan wird sie so behandelt, als sei sie die Mutter aller Probleme in unserer Gesellschaft.

Was wir gerade erleben ist zugleich ein Krieg gegen die Realität der Migrationsgesellschaft in Deutschland, die unser Land in den letzten Jahren so positiv geprägt hat. Jeder vierte Mensch in diesem Land hat eine Migrationsgeschichte, in München ist es fast jeder zweite. Menschen, die seit Generationen hier leben, werden zur Disposition gestellt. Es wird verleugnet, welche reale und historische Bedeutung sie für dieses Land als Motor gesellschaftlicher Demokratisierung sowie wirtschaftlicher und kultureller Weiterentwicklung gespielt haben.

Die ständige Problematisierung von Migration ist zugleich eine Ablenkungsdebatte, um nicht über Umverteilung, Investitionen in die Infrastruktur jenseits der Schuldenbremse und die so dringend notwendige sozial-ökologische

Transformation im globalen Maßstab reden zu müssen.

Der Rechtsrutsch in unserem Land, der sich im Erstarken der AfD zeigt, ist dabei nur die eine Hälfte des Problems. Die andere Hälfte besteht darin, dass er einhergeht mit einer Radikalisierung der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Durch die Parteienlandschaft hinweg erleben wir eine massive Diskursverschiebung nach rechts, eine kaum für möglich gehaltene Enthemmung der Sprache und Entrechtung, die sich in konkreten Politiken niederschlägt, wie z.B. die ständigen Asylrechtsverschärfungen durch die Ampelkoalition deutlich machen

Wir haben es hier mit einem extrem gefährlichen Grundrechteabbau zu tun, der am Ende alle treffen wird. Es wird bereits diskutiert, die entmündigende Bezahlkarte für Geflüchtete auch auf Bürgergeldempfänger anzuwenden. Und die Drohung, die Staatsbürgerschaft wieder entziehen zu können, erinnert an ganz dunkle Zeiten dieses Landes. Es findet ein beispielloser rassistischer Überbietungswettbewerb statt, an dem sich fast alle politischen Akteure beteiligen.

Hunderttausende Menschen sind in den letzten Tagen zurecht auf die Straße gegangen, weil die Union das erste Mal im Bundestag zusammen mit der AfD abgestimmt hat. Diese Zusammenarbeit muss skandalisiert werden. Was jedoch noch viel mehr skandalisiert werden müsste, sind die Inhalte der Gesetzesvorschläge von CDU bis zu den Grünen. Denn eine Brandmauer sollte nicht nur in Abgrenzung zur AfD bestehen, sondern auch zu einer grundrechtsfeindlichen Politik. Doch genau eine solche Politik setzen andere Parteien nun schrittweise um. Forderungen, die die AfD vor wenigen Jahren stellte, finden sich heute in den Papieren fast aller anderen Parteien wieder.

## Krieg gegen Migrant:innen und Geflüchtete

Dieser Krieg findet vor allem an den Außengrenzen der EU statt, fernab der öffentlichen Aufmerksamkeit. Im Rahmen meiner Tätigkeit für medico

international bin ich immer wieder an diese Zonen der Unsichtbarkeit geist. Egal ob in den Urwäldern im polnisch-belarussischen Grenzgebiet, auf Lampedusa in Italien, auf Lesbos oder auch mitten in der Sahelzone im Niger.

Der Krieg gegen die Migration fordert seine Toten: Seit 2014 sind mehr als 31.000 Menschen im Mittelmeer gestorben (und das sind nur die, die dokumentiert werden konnten). Seit 1993 sind an Europas Außengrenzen 61.000 Menschen gestorben.

Drei aktuelle Tendenzen in der EU-Abschottungspolitik:

1. Wir haben es in den letzten Jahren mit einer massiven Brutalisierung und zunehmenden Normalisierung brachialer Gewalt zu tun, die kein Halten mehr kennt.

2. Externalisierung, also die Auslagerung von Außengrenzen – man will, dass andere die Drecksarbeit für einen erledigen und Geflüchtete auf ihrem Weg aufhalten.

3. Kriminalisierung. Vor allem von Geflüchteten, aber auch von solidarischen UnterstützerInnen, Organisationen.

Europaweit steht für all das die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) im letzten Jahr, zu der auch die Ampelkoalition zugestimmt hat. Deutschland hat sich damit in den Kreis der migrationsfeindlichen EU-Staaten gesellt. Nach dem furchtbaren Anschlag von Solingen letzten August wurden zudem noch Grenzkontrollen eingeführt und so das Schengen-System der Freizügigkeit de facto aufgehoben.

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) bedeutet faktisch die Abschaffung des Rechts auf Asyl auf europäischer Ebene. Anstelle regulärer Asylverfahren sollen sogenannte Grenzverfahren eingeführt werden – insbesondere für Menschen aus Ländern mit geringen Anerkennungsquoten (unter 20%) und für jene, die aus vermeintlich "sicheren Drittstaaten" kommen. Dabei liegt es im Ermessen der Ankunftslander, wen sie in solche Grenzverfahren aufnehmen oder nicht.

Ein besonders perfides rechtliches Konstrukt dieser Reform ist die "Fiktion der Nichteinreise": Menschen, die sich bereits an der Grenze befinden, gelten als nicht eingereist, sodass ihnen das Stellen eines Asylantrags verweigert werden kann. Während dieser Zeit werden sie in Lagern festgehalten, um ihre Weiterreise zu verhindern – eine faktische Inhaftierung zehntausender Menschen, darunter auch Kinder ab sechs Jahren. Die EU plant hierfür Kapazitäten für insgesamt 120.000 Plätze pro Jahr.

Ein drängendes Problem bleibt unbeantwortet: Wohin sollen die Menschen, denen kein Asylantrag gewährt wird? Wer wird sie aufnehmen? Die Folge wird eine noch längere Inhaftierung sein, weit über die angekündigten drei Monate hinaus.

Entsprechende Lager existieren teilweise bereits, beispielsweise auf den griechischen Inseln. Die EU hat 276 Millionen Euro in fünf sogenannte "Closed Controlled Access Centers" (CCAC) investiert. Auf der Insel Samos steht bereits eine dieser Einrichtungen – abgeschottet auf einem Berg, weit entfernt von jeglicher Infrastruktur.

CCACs gleichen Hochsicherheitsgefängnissen: doppelte Zäune mit Stacheldraht, patrouillierende Wachfahrzeuge, bewaffnete Securitys (beispielsweise die Firma G4S auf Samos), ständige Polizeipräsenz sowie Überwachungsdrohnen und Kameras. Es sind Orte der Isolation, Überwachung und Entrechtung, in denen Traumata nicht nur verstärkt, sondern oft erst erzeugt werden.

Ein weiterer zentraler Baustein dieser Abschottungspolitik ist das Konzept der "sicheren Drittstaaten". Menschen, die über einen als solchen definierten Staat nach Europa gelangen, sollen kein Asyl beantragen dürfen, sondern direkt dorthin abgeschoben werden. Dazu zählen Balkanländer, nordafrikanische Staaten und Länder wie die Türkei, denen die EU-Milliarden zahlt, um Geflüchtete zurückzuhalten – über 11 Milliarden Euro flossen seit dem Beginn des EU-Türkei-Deals 2016.

Die Folgen sind verheerend: Massenabschiebungen von Afghan:innen und Syrer:innen aus der Türkei, menschenrechtswidrige Haftzentren, und Deals mit autoritären Regimen. Ein Beispiel ist Ägypten, das 7,4 Milliarden Euro an EU-

Geldern erhält – davon 200 Millionen für Grenzkontrollen. Tunesien erhielt 900 Millionen Euro, auch um Geflüchtete aufzuhalten. Dabei ist Tunesien für schwarze Menschen extrem gefährlich: Pogromartige Angriffe, Misshandlungen und das Aussetzen von Menschen in der Wüste bei 40 Grad sind dokumentierte Realität – und Europa schaut weg.

Wenn man Migration ständig nur als Frage der Sicherheit betrachtet, sind es nicht nur rechte Parteien, die von diesem Diskurs profitieren, sondern auch eine Sicherheitsindustrie, die mit der Abschottung Europas Milliarden macht. Es gibt eine ganze „Politische Ökonomie der Migration“, von der vor allem die Rüstungsindustrie massiv profitiert.

Es geht dabei nicht nur um Mauern und Zäune, sondern um eine riesige Bandbreite an Technologie: von Radarsystemen, über Drohnen, Überwachungskameras bis hin zu biometrischen Fingerabdrucksystemen – alles, um die Bewegungen von Menschen auf der Flucht kontrollieren zu können. Und um sie zu stoppen.

Viele Nutznießer der Politischen Ökonomie der Migration sind zugleich die wichtigsten Waffenlieferanten in den Mittleren Osten und in Nordafrika. Von 2019 bis 2023 gingen 30% aller weltweit exportierten konventionellen Waffen in den Nahen und Mittleren Osten. Sie schüren so Konflikte, die so viele Menschen in die Flucht treiben und an denen sie dann noch einmal verdienen. Rüstungsfirmen wie Airbus, Leonardo oder Thales verdienen also doppelt: zuerst an Waffen- und Rüstungslieferungen in Konfliktregionen, dann an der Überwachung der Geflüchteten, die vor diesen Konflikten fliehen.

Der Krieg gegen die Migration wird von der Illusion genährt, man könne das alles in den Griff bekommen, ohne ein einziges Wort über unsere imperiale, koloniale Produktions- und Lebensweise zu verlieren.

Es findet derzeit ein massiver Grundrechteabbau, der uns alle Sor-

gen machen muss, weil er am Ende uns alle betrifft. Der Weg in den Autoritarismus führt über die rechte Migrationspolitik.

Fluchtursachen bekämpfen bedeutet – entgegen der herrschenden Perspektive – festzustellen, dass die Veränderung nicht im globalen Süden beginnen muss, sondern dass die europäischen Staaten ihre eigenen Gesellschaften grundlegend auf eine nachhaltige Grundlage stellen müssen, so dass sie nicht länger auf Kosten anderer leben. Denn die Aufrechterhaltung unserer Ordnung bedeutet anderswo Gewalt, Zerstörung und Ausbeutung – so deutlich muss man es sagen.

Es ist klar, dass sich durch die Abschottung auch die Migrationsrouten ändern werden, die Menschen werden jedoch trotzdem kommen, auch wenn die Wege gefährlicher und tödlicher werden.

Verrohung der Gesellschaft – man weiß, dass es außen nicht mehr funktioniert, und mauert sich ein. Ankommende Geflüchtete werden als das Außen, als Bedrohung, als Verbots gesehen, die deutlich machen, dass unsere Lebensweise nicht mehr tragbar ist.



Eine Antwort von medico international: Solidarität und Verteidigung des Rechts auf Rechte. Deshalb haben wir den Fonds für Bewegungsfreiheit ins Leben gerufen, um kriminalisierte Geflüchtete an den Grenzen Europas zu unterstützen. Das Recht auf Bewegungsfreiheit zu verteidigen, sehen wir als eine zentrale Aufgabe im Kampf gegen den weltweiten Autoritarismus. Es geht im Kern auch darum, ein demokratisches Europa zu verteidigen, das auf dem Universalismus der Menschenrechte fußt.

## Was bedeuten die Bundestagswahlen für „Frieden“?

Bei dem Webinar von Forum Friedenlinks vom 26.2.2025 erfolgten zwei einleitende Beiträge, abrufbar unter [www.friedenlinks.de](http://www.friedenlinks.de).

Nachfolgend eine kurze redaktionelle Zusammenfassung des Beitrages von **Peter Wahl**.

Der Westen, seit 80 Jahren prägende Kraft der Weltpolitik, ist so gespalten wie nie zuvor. Die Verhandlungen zwischen Moskau und Washington als auch die Konfrontation zwischen EU und USA sind beide ein dramatischer Umschwung in der internationalen Politik.

Der Schock bei den EU-Funktionselektoren ist enorm groß und das ist verständlich. Sie müssen nämlich jetzt zwei hammerharte Schläge auf einmal verdauen. Der erste Schlag ist, dass die Ukraine dabei ist, den Krieg zu verlieren. Das hatte sich schon vor dem Wechsel in Washington abgezeichnet. Und Trump hat das früh erkannt. Die EU und die meisten Hauptstädte sind

**Beitrag von Andre Leisewitz:** bearbeitete Fassung der Transkription seines an Peter Wahl anknüpfenden Beitrages.

**Erstens:** Was sind die übergreifenden Motive für das Agieren der US-Administration? Offensichtlich ist die Trump-Administration bemüht, die Kosten der weichen und harten Faktoren für die internationale Expansion des US-Imperialismus zugunsten direkter Profitförderung für das US-Kapital zu reduzieren.

Damit soll Spielraum für die Umorientierung des ökonomisch-militärischen Potentials der USA einerseits in Richtung Auseinandersetzung mit China, andererseits zugunsten direkter Interventionen zwecks Ressourcensicherung in verschiedenster Form gewonnen werden.

Für Letzteres sprechen z.B. die Aktivitäten in Sachen Panamakanal, der vorgesehene Vertrag zur Ressourcenausplünderung der Ukraine u.a.m. Das Ganze ist eine Reaktion auf die veränderte weltwirtschaftliche Situation und Stellung der USA, insbesondere das

aber befangen in einer grotesken Realitätsverweigerung.

Der zweite Schlag, den sie zu verdauen haben, ist natürlich die Konfrontation mit den USA. Das ist von historischer Tragweite. Und das in einer Situation, in der die EU in zwei internen, gravierenden Krisen steckt.

Die erste ist der wirtschaftliche Niedergang. Die andere ist, dass die politischen Systeme seit einigen Jahren im Zustand permanenter Instabilität und Volatilität sind. Die Konsequenz aus diesem Punkt ist ein Rückgang der Problemlösungsfähigkeit und ein zunehmender Kontrollverlust auch durch die Herrschenden.

Zu den Verhandlungen zwischen USA und Russland:

Es ist auch für Friedenskräfte notwendig, den Ansatz von Trump zu unterstützen und das unabhängig davon, dass er in anderen Fragen wie Nahost, Grönland, Panama usw. Positionen vertritt, von denen man sagen könnte,

gewachsene Gewicht Chinas. Aber das ist natürlich seit der Feststellung Obamas, die USA seien nicht mehr in der Lage, in zwei Weltregionen große Konflikte militärisch gleichzeitig zu führen, nicht ganz neu. Und sie müssen sich primär dem Fernen Osten zuwenden.

Auf jeden Fall hat die Umorientierung der Trump-Administration nichts zu tun mit dem Eingehen auf Forderungen nach einer veränderten Weltwirtschaftsordnung, also einer politisch-ökonomischen Neugestaltung der Weltwirtschaftsinstitutionen, etwa zugunsten größerer Rechte und Einflussmöglichkeiten des Globalen Südens in einer insgesamt kapitalistischen Welt, in der Konkurrenz und Wertgesetz die ökonomischen und politischen Prozesse beherrschen und das US-Kapital und der Dollar nach wie vor eine bestimmende Stellung haben.

Wir müssen davon ausgehen, dass dieser Rückzug bzw. diese Umorientierung der USA nicht zu einer Reduzierung, sondern zu einer drastischen Ausweitung der Rüstungsanstrengungen führen wird. Dies gilt für die BRD,



sie schwanken zwischen inakzeptabel und abstrus.

Was wir lernen müssen, ist die Außenpolitik von Staaten unter den neuen weltpolitischen Bedingungen nicht pauschal in ein moralisierendes Schema zu pressen. Sondern wir müssen fallweise eine Bewertung vornehmen. Die einfachen Muster der Einteilung in gute und böse Länder passen nicht zu dem komplexer gewordenen internationalen, sich hin zu Multipolarität entwickelnden System.

EU, NATO, und dies gilt auch für China, Russland, Indien und für andere Regionalmächte.

**Zweitens:** In der Bundesrepublik umfasst die Große Koalition der Aufrüstungsbefürworter im noch bestehenden Bundestag CDU, die konservativen AfD und die Ampelparteien. Sie stehen jetzt und dann im neuen Bundestag vor dem gleichen Problem wie die bisherige Ampelkoalition.

Sie sind klamm und müssen die Schuldenbremse irgendwie lockern, um den Staatshaushalt einerseits zugunsten von kapitalorientierter, ökologischer Transformation und andererseits für Aufrüstung auszuweiten. Im neuen Bundestag haben die sogenannten Parteien der Mitte keine Zweidrittelmehrheit mehr, die für eine entsprechende Verfassungsänderung erforderlich wäre.

Mit der AfD, die für eine drastische Ausweitung des Rüstungshaushalts plädiert, könnten sie das natürlich machen. Das gilt aber nicht für weitere Unterstützung der Ukraine. Insofern ergeben sich in dieser Hinsicht rüs-



tungspolitische Kooperationsmöglichkeiten für den konservativ-rechten Bogen erst jenseits des Ukrainekrieges.

Die Neuordnung der Rüstungswirtschaft der Bundesrepublik ist seit langem schon eine Forderung aus der Branche und steht aktuell auf der Tagesordnung. Rheinmetall Chef Pappenberger beklagt die Zerschlagung der Rüstungsindustrie nach 1945 und fordert deren Rekonsolidierung mit Verweis auf die USA, wo die Rüstungswirtschaft aus nur fünf integrierten Großkonzernen besteht.

In Dokumenten der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und des Instituts der deutschen Wirtschaft werden die rüstungswirtschaftlichen Forderungen der Industrie formuliert mit dem Verlangen nach „Verstetigung der erhöhten Verteidigungsausgaben“, einer verstärkten Kooperation und einem rüstungspolitischen New Deal auf EU-Ebene sowie der steuersparenden Einstufung von Rüstungsausgaben als „nachhaltig“. Außerdem fordert die Rüstungsindustrie eine staatliche Abnahmegarantie.

Ich nenne nur als weitere, aktuelle Stichworte: Kerosin-Pipelines, Heimatschutz und territoriale Reserve, Bundeswehrgesetz in Bayern, das Grünbuch zur zivil militärischen Zusammenarbeit im Kriegsfall.

In Hessen beobachten wir zum Beispiel, dass im regionalen Fernsehen die Bundeswehr so präsent ist wie seit langem nicht mehr. Insofern wird sich auch jenseits des Ukrainekrieges und der Auseinandersetzung um seine Beendigung das Kampffeld für die Friedensbewegung ausweiten, die Friedensfrage rückt sozusagen noch enger an uns heran und wird noch konkreter.

**Drittens:** Wie sehen die Handlungsbedingungen und Anforderungen für die Friedensbewegung aus? Ergeben sich mit Blick darauf aus den Ergebnissen dieser Bundestagswahl irgendwelche Hinweise?

1) Unbedingt notwendig: Rückgewinnung des Friedensbegriffs bzw. einer progressiven Vorstellung von friedlichen internationalen Beziehungen und friedlicher Koexistenz gegen deren bellizistische Umdeutung, als Element des ideologischen Kampfes. Hier muss ungeheuer viel Schutt, der in den letzten Jahren angehäuft worden ist, in

den Köpfen weggeräumt werden.

2) Rückgewinnung und Stärkung einer antimilitaristischen Haltung im Bereich der Betriebe und Gewerkschaften. Gegenwärtig läuft die Konversion von Zivilproduktion auf Rüstungsgüter, zum Beispiel im Bereich der Automobilindustrie und der Automobilzulieferer, die bekanntlich in einer ganz tiefen Krise stecken, wo viele Betriebe dichtgemacht werden bzw. Belegschaften entlassen werden.

Die Einweihung des Panzerwerks in Görlitz im Februar war nur ein symbolisches Beispiel dafür – statt Regionalzügen und Straßenbahnen werden dort jetzt Panzer gebaut. Weiteres Beispiel: Der Automobilzulieferer Continental kooperiert mit Rheinmetall. Bei Continental werden Belegschaftsteile abgebaut und Rheinmetall direkt angeboten.

3) Kampf um antimilitaristische Haltung im Jugendbereich. Wenn wir historisch zurückblicken, dann zeigt sich, dass die Stärke der alten Friedensbewegung in den 80er Jahren sich in hohem Maße aus dem Vorlauf ergab, den sie durch die politisch-kulturellen Umbrüche seit Ende der 60er Jahre erhalten hatte.

Ich erinnere damit an den Kampf gegen den Vietnamkrieg. Die breite Auseinandersetzung mit Demokratisierungsverlangen, Kampf um Entspannungspolitik, Linksentwicklung an den Hochschulen, ausgeprägte linke Tendenzen in den Gewerkschaften etc.

Aus diesen Tendenzen speiste sich ja ein beachtlicher Teil der Aktivisten der damaligen Friedensbewegung und damit auch ein wesentliches Moment ihrer Entfaltung und Stärkung. Heute haben wir mit dem Gegenteil zu kämpfen, den Auswirkungen einer langen Phase neoliberaler Hegemonie und vielfältiger multipler Krisenprozesse, mit geschwächten Gewerkschaften.

Generell ist die Zukunftsangst enorm gewachsen. 2025 blickten nur noch 11 % der Wähler zuversichtlich in die Zukunft, 2017 waren das noch 52 % gewesen. Das ist auch der Hintergrund für die bei der Bundestagswahl deutlich gewordene Rechtsentwicklung: Verdoppelung der AfD-Stimmen, Abwandern von zweieinhalb Millionen Wählern der SPD an CDU und AfD. Das gilt auch für den betrieblichen Bereich

– hoher AfD-Anteil bei Arbeiterwählern.

Offenbar hat die Frage nach Krieg und/oder Frieden in diesem Kontext für die Wahlentscheidungen zumindest unmittelbar keine besonders große Rolle gespielt. Auf die Frage: „*Welches Thema spielte für Ihre Wahlentscheidung die größte Rolle?*“ gaben insgesamt 13 % Friedenssicherung an. Dies entspricht im Übrigen gerade dem Wahlergebnis der beiden für Friedenssicherung eintretenden Parteien Die Linke und BSW.

Die größte Rolle spielten innere Sicherheit, soziale Sicherheit, Zuwanderung, Wirtschaftswachstum, auch Umwelt und Klima. Niedrigere Bedeutung hatten gestiegene Preise. Beachtlich ist der Ost-West Unterschied. In Westdeutschland stand Friedenssicherung mit 12 % an sechster Stelle von sieben Vorgaben, in Ostdeutschland mit 17 % an zweiter Stelle.

Dabei ist aber zu beachten, dass bei der Frage nach Friedenssicherung ja ganz konträre Auffassungen erfasst werden. Für die einen sind Aufrüstung und Rüstungslieferungen gerade ein Element der Friedenssicherung, für die anderen ist das gerade umgekehrt. Ich würde daraus schlussfolgern, dass eine stärkere argumentative Verbindung von Friedensfrage und sozialen Fragen („Kanonen versus Butter“) und ökologischen/Klimafragen erforderlich ist, um mehr Rückhalt zu gewinnen.

Die aktuellen Anstrengungen zur diplomatischen Lösung des Ukrainekrieges müssten jetzt genutzt werden, um der bellizistischen Umdeutung des Friedensbegriffs entgegen zu treten. Das schließt die Thematisierung der im Kapitalismus wurzelnden Ursachen von Krieg natürlich unbedingt ein.

Bemerkenswert ist mit dem unerwarteten Aufschwung der Linken bei der Bundestagswahl auch deren relative Stärke bei den jugendlichen Wählern. Was kann unternommen werden, um sie stärker in die Friedensbewegung einzubinden?

Wichtig sind hierbei Friedensaktivitäten an den Hochschulen, die Auseinandersetzung um die Reaktivierung der Wehrpflicht, die Zurückweisung von Bundeswehr-Aktivitäten in den Schulen u.a.m.

## Ostermärsche 2025: Soziale Forderungen gegen Hochrüstung

von **Anne Rieger**, Ko-Sprecherin  
Bundesausschuss Friedens-  
ratschlag (Stand: 4.3.2025)

### Sozialwohnungen 50 Mrd. Euro

"Chronischer Burnout am sozialen Wohnungsmarkt" beschreibt Matthias Günther, Chef-Ökonom des Pestel-Instituts, des "Forschungsinstituts und Dienstleister für Kommunen, Unternehmen und Verbände", im Februar die Situation von Menschen mit äußerst schmalen Geldbeutel. Doch es trifft viele Menschen mehr. In Deutschland fehlen 550.000 Wohnungen, die Schere wird größer, so das Institut kurz vor der Bundestagswahl.

Vom Verbändebündnis "Soziales Wohnen" wurde 2019 erstmals das Ziel geäußert, dass Deutschland bis 2030 zwei Millionen Sozialwohnungen haben sollte. Im Jahr 2023 waren es erst etwa eine Million (1.072.266). Auch im Jahr darauf wurde nicht viel getan. Für den Neubau von 100.000 Sozialwohnungen müssen Bund und Länder 11 Mrd. Euro in die Förderung investieren. Das Pestel-Institut fordert ein Sonderbudget von 50 Mrd. Euro für Sozialwohnungen.

### Kriegskredite 500 Mrd. Euro

Wohnungen bauen - bezahlbare Wohnungen, das ist das Interesse der Mehrheit der Menschen. Denn Wohnen ist eine Menschenrecht. Michael Hüther, Direktor und Mitglied des Präsidiums des "Instituts der Deutschen Wirtschaft" (IW), verlangt bereits einen Tag nach der Wahl nicht Geld für Wohnen, sondern: "Das eigentliche Problem ist aber die Verteidigung. Für die gibt es schon ein Sondervermögen, das jedoch von derzeit 100 auf rund 300 Milliarden steigen müsste".

Merz will jetzt, nach der Wahl, bereits 500 Mrd. Euro. Kredite für Waffen und Hochrüstung und Kriegsvorbereitung - Kriegskredite also. Sie werden mit dem Wort "Sondervermögen" weißgewaschen und verschleiert. In Wirklichkeit sind es Schulden, die, einschließlich Zinsen, von uns zurückgezahlt werden müssen. Wo wird dann gekürzt?

Sonderschulden heißen sie, weil sie



außerhalb vom sonstigen Bundesvermögen getrennt verwaltet werden. Ein Panzer kostet 27 Mio. Euro, ein Schuss aus dem neuen Panzerabwehrsystem 100.000 Euro. Eine Lehrerstelle für ein Jahr kostet weniger. Für die Serienproduktion von Rüstungsgütern muss die Bundesregierung also riesige Summen mobilisieren. In der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ hat sie bereits im Juni 2023 deutlich gemacht, dass das Geld für die Rüstungsausgaben über Einsparungen innerhalb des Haushaltes bereitgestellt werden soll.

### Panzertaugliche Brücken

Die neue List zusätzlich ein Sondervermögen für Infrastruktur aufzunehmen, ist "finanzpolitische Trickserei", verweigert Görke, Parlamentarische Geschäftsführer der Linkspartei, die Zustimmung. Das sei "nicht nachhaltig und juristisch fragwürdig". Zudem - wofür werden diese Infrastrukturmaßnahmen genutzt werden? Um Straßen, Brücken, Gleise panzertauglich zu machen und den IT-Bereich zu militarisieren? Wir brauchen keine zusätzlichen Mordwerkzeuge. Wir brauchen erst recht keine Geheimverhandlungen über die Abzocke der Bevölkerung zwischen der noch bestehenden Bundesregierung und der Merz-CDU. Wozu haben wir gewählt?

### Daseinsvorsorge

Statt eines Sondervermögen für den Erhalt der Infrastruktur brauchen wir Vermögenssteuern, höhere Erb-

schaftssteuern und einen viel höheren Spitzensteuersatz als 45 Prozent. Bröckelnde Straßen, Schienen und Brücken, veraltete Gebäude, mangelhafte Bildungsinfrastruktur, sanierungsbedürftige Leitungen für Strom und Wasser sind neben den mangelnden Wohnungen das Hauptproblem für die Menschen in Deutschland sowie soziale Sicherheit, gute Bildung, eine ausfinanzierte Kindergrundsicherung und armutsfeste Renten.

Das unternehmernahe IW und das arbeitnehmernahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hatten errechnet, dass in den kommenden zehn Jahren zusätzliche Investitionen in Höhe von 600 Mrd. Euro gebraucht werden, um den Verfall der Infrastruktur aufzuhalten - da ist die Erneuerung noch gar nicht mitbedacht.

### Tariferhöhung

Auch die Tarifforderungen von Verdi im Öffentlichen Dienst und bei der Post müssen berücksichtigt werden. Nicht nur, weil ihre Realeinkommen endlich erhöht werden müssen, um ihren Lebensstandard zu sichern, sondern auch, weil dadurch Geld in die Wirtschaft investiert wird. Das "Bundesministerium des Innern und für Heimat" rechnet vor:

"Die Kosten der Entgeltforderungen der Gewerkschaften (Erhöhung der Entgelte im Volumen von 8 Prozent, mindestens 350 Euro monatlich) würden für die Tarifbeschäftigten des Bundes rund 1,7 Mrd. Euro pro Jahr betragen. Bei ei-

ner Berücksichtigung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger wären Mehrkosten von insgesamt rund 4,4 Mrd. Euro pro Jahr nur für den Bund zu erwarten".

Das ist ein Bruchteil der zusätzlich geplanten 500 Mrd. Kriegskredite, in zehn Jahren sind es schlappe 44 Mrd. Euro. Große Teile dieser Summe würden wieder in die Wirtschaft investiert, weil gerade in den unteren Einkommensbereichen eine Lohnerhöhung nahezu vollständig in den Konsum investiert wird. Werden diese notwendigen Lohnerhöhungen nicht gezahlt, weil für toten Rüstungsschrott verwendet, ist es nicht nur eine Kürzung des Lebensstandards der Beschäftigten, sondern auch anderen Teilen der Wirtschaft fehlen diese möglichen Investitionen.

### **Gesundheitsbereich militarisiert?**

Das Gesundheitswesen soll gemäß dem Grünbuch 4.0 für zivil-militärische Zusammenarbeit kriegstüchtig werden. Beunruhigend ist das Szenario in diesem Bereich. Für Krankenhäuser, Apotheken, Ärzte, wo bereits jetzt Mangel herrscht, bestimmt im konstruierten Kriegsfall das Militär den Vorrang für verwundete Soldaten. Auch im Fall der aktuell schon chronisch überlasteten Bahn soll Vorzug von Militärs und Waffentransporten gelten. Das würde massive Kürzungen im zivilen Leben bedeuten. Auch der Klimaschutz braucht Geld. Und Waffenproduktion dient nicht dem Klimaschutz - im Gegenteil.

### **Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden**

Klar ist, dass der immense Anstieg des Kriegsetats weder von einem Teil einer gekürzten Tarifierhöhung, noch durch kaputte Infrastruktur oder durch Wohnbaugelder finanziert werden darf. Das wäre ein Kürzen im Sozialen Bereich. Denn wenn die Preise weiter erhöht werden, was schönfärberisch Inflationsrate genannt wird, dann ist das ein Kürzen für die Daseinsvorsorge.

*„Ein Einfrieren der Sozialausgaben würde kaufkraftbereinigt an vielen Stellen Leistungskürzungen bedeuten, weil die Preise und Löhne weiter steigen und außerdem*

*in der aktuellen Konjunkturschwäche die Arbeitslosigkeit leicht zulegen dürfte“;*

so der IMK-Direktor. Gleichzeitig jedoch schlägt er als Lösung die Lockerung der Schuldenbremse vor. Prinzipiell ein vernünftiger Vorschlag, nicht aber um weiter aufzurüsten. Denn auch in der Zukunft kann nur jeder Euro einmal ausgegeben werden, also für die Kreditrückzahlung, lebenswerte Infrastruktur oder für mörderische Waffen.

### **Interessen der Mehrheit - keine Spaltung**

Die Militarisierung ist ein Angriff auf die Mehrheit der Menschen. Schon in 2024 wurden 2,1 Prozent der Wirtschaftsleistung für sogenannte Verteidigungsausgaben verschleudert. Ein Prozent der Wirtschaftsleistung entspricht etwa 44 Mrd. Euro.

Würde sich die 3,5-Prozent-Forderung durchsetzen, würde die Regierung 155 Mrd. für Rüstungsschrott ausgeben. Ginge es nach Trumps ursprünglichem Vorschlag wären es 5 Prozent, also 215 Mrd. Euro. Das wäre fast die Hälfte, des gesamte Bundeshaushalts, der belief sich 2024 auf 477 Mrd. Euro.

Dass das fehlende Geld für ein "Gutes leben für alle" in der Aufrüstung verschwindet, wird in der veröffentlichten Meinung sorgsam verschwiegen. Offensiv werden stattdessen Migranten, Bürgergeldempfänger, Menschen mit geringem Einkommen und Rentner als Verursacher der hohen Schulden des Staatshaushalts der Öffentlichkeit "zum Fraß" vorgeworfen. Doch es sind die Vermögenden, die Aktienbesitzer der wichtigsten Produktionsmittel und Banken, die sich an unseren Steuergeldern bedienen.

Eine andere Verteilung der Haushaltsgelder zu unseren Gunsten würde die sozialen Unsicherheit enorm verringern. Aber das wollen die Herrschenden und ihr politisches Personal nicht. Ihr Ziel ist es, auf dem Geopolitischen Weltmarkt weiter Kapital aufzubauen und die Gesellschaft zu spalten, damit es keinen Widerstand gibt.

### **Ver.di: "Soziales rauf - Rüstung runter"**

Die Abrüstungsfrage, die Friedensfrage muss immer zusammen gestellt werden mit der Frage nach einem sozialen und wirtschaftlich guten Leben für alle. Deswegen sind die Friedensbewegten in der Gewerkschaft Ver.di für uns Ermutigung und Vorbild. "Soziales rauf - Rüstung runter", unter diesem Motto rief im Herbst die Gewerkschaft nach München zur "Demo für Frieden, Klimaschutz und Milliardeninvestitionen in ein gutes Leben für alle - statt Hochrüstung, Militarisierung und soziale Spaltung Superreiche zur Kasse - Stoppt den Rechtsruck!"

Mit ähnlichem Inhalt wird an vielen Orten zu den Ostermärschen aufgerufen.

Nürnberg: "Zukunftssicherung statt Hochrüstung"

Mannheim: "Abrüstung statt Aufrüstung",

Rhein und Ruhr: "Abrüstung statt Sozialabbau",

Stuttgart: "Drastische Senkung des Rüstungshaushalts. Soziale Wirtschaft statt Kriegswirtschaft. Verwendung der Mittel für den klima- und sozial gerechten Umbau unserer Gesellschaft!"

Die "Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg" fordern:

*"Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert. Statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen".*

### **Für Investitionen in unsere Zukunftssicherung!**

Auf dem friedlichen Weg bekommen wir die enormen Ressourcen frei, die wir dringend brauchen für Bildung, Gesundheit, Soziales, Infrastruktur und den weltweiten Umwelt- und Klimaschutz "wird auf dem Ostermarsch in Frankfurt gefordert.

### **Vergesst die Fahnen nicht!**

Denkt daran bei den Ostermärschen Gewerkschaftsfahnen mitzunehmen und bei den Mai Kundgebungen die Friedensfahnen.



## Aus dem Aufruf:

Wir fordern:

- Die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland zu unterbinden
- Das US-Raketenbefehlskommando in Mainz-Kastel abzuziehen und weder dort noch anderswo in Deutschland zu stationieren
- Das Projekt zur Entwicklung eigener europäischer Mittelstreckenwaffen (ELSA) zu stoppen
- Verhandlungen über eine Neuauflage des INF-Vertrages anzustreben, der von 1988 bis 2019 Mittelstreckenraketen in Europa verboten hat
- Kriege und Konflikte diplomatisch statt militärisch zu lösen
- Weltweit für eine sichere und friedliche Zukunft einzutreten, auch in Zusammenarbeit mit politischen Gegnern und Konkurrenten

Wir richten unsere Forderungen an alle zuständigen Entscheidungsträger auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.

## Rednerinnen und Redner u.a.

- Michael von der Schulenburg (MdEP)
- Özlem Alev Demirel (MdEP)
- Ann Wright (USA)

## Regionaler und länderübergreifender Austausch: Friedensvernetzung Südwest

Am 1.2.25 trafen sich in Stuttgart 16 Aktive, mehrheitlich von Gruppen aus Stuttgart und Umgebung, zudem aus Villingen, Tübingen, Heidelberg, Darmstadt, Frankfurt und dem Saarland. Am Treffen Interessierte aus Mannheim, Kaiserslautern und Aschaffenburg konnten aus zeitlichen Gründen nicht mit dabei sein.

Vereinbart wurde ein lockerer Zusammenschluss unter dem Namen „Friedensvernetzung Südwest“.

Geplant sind vernetzte Mobilisierungen mit gemeinsamen Aufrufen wie aktuell zur Demo am 29.3.25 in Wiesbaden. Online- und Präsenztreffen sollen im Wechsel durchgeführt werden.

Die im Aufbau befindliche Homepage soll u.a. eine interaktive Landkarte mit lokalen Friedensinitiativen als „Friedensatlas“ enthalten.

Darüber hinaus liegt ein besonderer Fokus auf die Konzentration von US-Militärstandorten in Wiesbaden, Kaiserslautern / Ramstein und Stuttgart.

Eingerichtet wurde eine offene Mailingliste, für die Anmeldungen entgegen genommen werden können unter:

info [at] friedensvernetzung-suedwest.de

(Kontakt: Heike Hänsel, Joachim Guilliard und Karl-Heinz Peil)



## Neue friedenspolitische Kulturbörse

Bis Ende März soll unter der Adresse <https://kulturboerse.friedenschaffen.net> eine Zusammenstellung von kulturellen Angeboten erfolgen, im Sinne einer Informationsbörse oder eines losen digitalen Zettelkastens. Diese soll mit Hinweisen auf Videos und Bildern beinhalten:

- Inspirationen, Projekte, Angebote
- Kontakte zu Künstler\*innen
- Netzwerke von Künstler\*innen

Für Vorschläge bitte Kontaktaufnahme an: Kp [at] frieden-und-zukunft.de

Foto mit Wahlplakat: Karl-Heinz Peil  
Karikaturen auf Seite 1, 4 und 18: Felix Winter

### Blackrock als Koordinator für den „Wiederaufbau“ der Ukraine

Seite 3 bis 5  
Quelle Online-Fassung:  
<https://friedensratschlag.de/friedensratschlag2024-programm/referat-von-werner-ruegemer/>  
Weitere Infos: <https://werner-ruegemer.de/>

### Trumps „America First“ – ein Strategiewandel der USA?

Seite 5  
Interview mit Werner Rügemer  
Quelle: <https://rtde.org/nordamerika/238263-trumps-america-first-strategiewandel-usa/>

### Kriegsvorbereitung: „Grünbuch“ für zivil-militärische Zusammenarbeit

Seite 6 und 7  
Quelle Teil 1:  
<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9862>  
Quelle Teil 2:  
<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9864>  
(jeweils mit Bezahlschranke)

#### Fußnoten mit Verlinkungen

- [1] Sandra Bubendorfer-Licht, Leon Eckert, André Hahn, Günter Krings, Ingo Schäfer (Hg.): Grünbuch ZMZ 4.0. Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall. Eine Situationsbeschreibung, Analyse und Handlungsempfehlungen. Berlin, Januar 2025.
- [2] Laut Definition im Grünbuch ZMZ 4.0 wird die Zivil-Militärische Zusammenarbeit in der Zeit des Kalten Kriegs als ZMZ 1.0 bezeichnet. ZMZ 2.0 war demnach zivile Unterstützung für im Ausland stationierte Truppen der Bundeswehr seit 1990 (ursprünglich meist Civil Military Cooperation, CIMIC, genannt). ZMZ 3.0 wiederum ist der Begriff, unter dem die Amtshilfe der Bundeswehr etwa bei der Registrierung von Flüchtlingen, während der Covid-19-Pandemie oder bei Naturkatastrophen von Hochwasser bis zu Waldbränden subsumiert wird. ZMZ 4.0 bezeichnet die Einbindung ziviler Elemente in einen großen Krieg – die sogenannte Landes- und Bündnisverteidigung.
- [3] S. dazu Die künftige Ostfront und Ein halbes Jahr Aufmarschmanöver.
- [4], [5], [6] Sandra Bubendorfer-Licht, Leon Eckert, André Hahn, Günter Krings, Ingo Schäfer (Hg.): Grünbuch ZMZ 4.0. Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall. Eine Situationsbeschreibung,

Analyse und Handlungsempfehlungen. Berlin, Januar 2025.

Fußnoten Teil 2:

- [21] Zitate hier und im Folgenden aus: Sandra Bubendorfer-Licht, Leon Eckert, André Hahn, Günter Krings, Ingo Schäfer (Hg.): Grünbuch ZMZ 4.0. Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall. Eine Situationsbeschreibung, Analyse und Handlungsempfehlungen. Berlin, Januar 2025.
- [22] S. dazu Damit die Panzer rollen.
- [23] „In fünf Jahren müssen wir kriegstüchtig sein“. [spiegel.de](https://www.spiegel.de) 10.02.2024.
- [24] Markus Tiedke: „Verteidigung und Widerstandsfähigkeit sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben“. [bmvg.de](https://www.bmvg.de) 03.01.2025.
- [25] S. dazu Das Mindset für den Krieg.
- [26] „Das deckt gefährliche Planungen auf“. [junge Welt](https://www.junge-welt.de) 08.02.2025.

### „Koalition der Willigen“ für die Ukraine

Seite 8  
Quelle: „Der neue Anführer der freien Welt“  
<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9890>

#### Fußnoten mit Verlinkungen

- [1] S. dazu Die neue Entente Cordiale.
- [2] Pressemitteilung: Zur Lage in der Ukraine sowie zur europäischen Sicherheit erklärte Außenministerin Annalena Baerbock heute (01.03.) bei einem Statement im Auswärtigen Amt. Berlin, 01.03.2025.
- [3] Europe is a giant that has woken up, says Poland. [thetimes.com](https://www.thetimes.com) 02.03.2025.
- [4] Majid Sattar: Rubio versetzt Kallas. [faz.net](https://www.faz.net) 27.02.2025.
- [5] Peter Baker: Trump Berates Zelensky in Fiery Exchange at the White House. [nytimes.com](https://www.nytimes.com) 28.02.2025.
- [6] Starmer pledges £1.6 billion package for air defense missiles in Ukraine, says Europe is 'at crossroads in history'. [lemonde.fr](https://www.lemonde.fr) 02.03.2025.
- [7] Pressemitteilung: Zur Lage in der Ukraine sowie zur europäischen Sicherheit erklärte Außenministerin Annalena Baerbock heute (01.03.) bei einem Statement im Auswärtigen Amt. Berlin, 01.03.2025.
- [8] „Europa ist alleine“: EVP-Chef Weber fordert europäische Armee. [br.de](https://www.br.de) 02.03.2025.
- [9] Sondervermögen: Anzahl und finanziellen Umfang reduzieren. [bundesrechnungshof.de](https://www.bundesrechnungshof.de). S. dazu „Deutschland kriegstauglich machen“.
- [10] Es handelt sich um den Präsidenten des Ifo-Instituts, Clemens Fuest, den Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), [12] S. dazu #Michael Hüther, den Präsidenten des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW), und den Düsseldorfer Wirtschaftswissenschaftler Jens Südekum.

- [11] Es geht um 800 Milliarden Euro. tagesspiegel.de 02.03.2025.
- [12] S. dazu Freie Marschrouten und Damit die Panzerrollen.
- [13] Berthold Kohler, Eckart Lohse, Konrad Schuller: „Es könnte auch ein für uns sehr schlechtes Szenario eintreten“. faz.net 28.02.2025.
- [14] Europäer wollen Friedensplan entwerfen. Frankfurter Allgemeine Zeitung

### Faschismusgefahren in Deutschland

Seite 9

Quelle: <https://www.andreas-wehr.eu/faschismusinflation.html>

### Der Neofaschismus als Produkt des Neoliberalismus

Seite 9

Quelle 1: <https://www.untergrund-blättele.ch/politik/theorie/der-neofaschismus-als-produkt-des-neoliberalismus-rassismus-sozialchauvismus-und-esoterische-denkweisen-008903.html>

Quelle 2: <https://gewerkschaftliche-linke-berlin.de/der-neofaschismus-als-produkt-des-neoliberalismus/>

### Francesca Albanes: Staatsfeindin und Staatsräson

Seite 10 bis 12

Quelle: <https://etosmedia.de/politik/staatsfeindin-und-staatsraeson/>

### Buchbesprechung: Die Niederlage des Siegers

Seite 12 und 13

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=129084>

### Deutschlands Wende zum migrationsfeindlichen EU-Staat

Seite 14 und 15

Titel: Militarisierte Außengrenzen

Quelle: <https://www.isw-muenchen.de/online-publikationen/texte-artikel/5350-militarisierte-aussengrenzen>

siehe dazu auch: <https://www.medico.de/migration>

### Was bedeuten die Bundestagswahlen für Frieden?

Seite 16 und 17

Online-Fassungen der beiden einleitenden Beiträge:

Peter Wahl:

<https://frieden-links.de/webinare/die-bundestagswahl-im-zeichen-internationaler-umbrueche/>

André Leisewitz:

<https://frieden-links.de/webinare/welche-probleme-und-aufgaben-fuer-die-friedensbewegung-ergeben-sich-aus-dem-wahlergebnis/>

### Soziale Forderungen gegen Hochrüstung

Seite 18 und 19

siehe dazu auch:

<https://friedensratschlag.de/friedensratschlag2024-programm/workshop-gewerkschaften/>